



Bundesamt für  
Landwirtschaft  
4. Juli 2017  
Original   
Weiter

 Kanton Zürich  
Regierungsrat

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung  
3003 Bern

SECO  
10. Juli 2017  
vorregistriert  
OAGSdm *rgs*

GENERALSEKRETARIAT	
- 4. JULI 2017	
GS	
SECO	X
BLW	X
KTI	
EHB	
SBFI	
BWL	
BWO	
WEKO	
PÜ	
ZIVI	
KF	
Reg. Nr. _____	

28. Juni 2017 (RRB Nr. 609/2017)

**Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte  
Bürgschaftsorganisationen (Änderung);  
Bundesgesetz über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen  
im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (Aufhebung)  
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 5. April 2017 haben Sie uns die Vernehmlassungsvorlagen zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen sowie zur Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Wir halten das Engagement des Bundes zur Übernahme kommerzieller Risiken im Bereich des Kreditwesens nicht für notwendig, da der Kreditmarkt grundsätzlich gut funktioniert. Wird jedoch an diesem Engagement festgehalten, ist mit Blick auf die vorgeschlagene Erhöhung der Bürgschaftsobergrenze anzuerkennen, dass die Preisanstiege bei Unternehmensübernahmen insbesondere für geeignete Nachfolgelösungen tatsächlich ein Problem darstellen, dem mit der Erhöhung der Bürgschaftsobergrenze auf 1 Mio. Franken wirksam begegnet werden kann.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,  
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates  
Der Präsident:

*Maan*

Der Staatsschreiber:

*Hm*



16. JUNI 2017

Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
www.rr.be.ch  
info.regierungsrat@sta.be.ch

Herr Bundesrat  
Johann N. Schneider-Ammann  
Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

14. Juni 2017

RRB-Nr.: 0 5 9 5 / 2 0 1 7  
Direktion Volkswirtschaftsdirektion  
Unser Zeichen --  
Ihr Zeichen --  
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum; Antwort des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Kanton Bern unterstützt die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen. Die bisher geltende Limite von 500'000 Franken ist zu tief angesetzt, um kleinere und mittlere Unternehmen wirksam zu unterstützen. Die Erhöhung der Bürgschaftslimite auf neu eine Million Franken stellt deshalb eine klare Verbesserung dar und ist rasch umzusetzen. Die Präzisierungen in Bezug auf das Subsidiaritätsprinzip (Art. 2 Bst. d) und die Verwaltungskosten (Art. 7) können wir unterstützen. Ebenfalls einverstanden sind wir mit der Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**

Der Präsident

*B. P. - 15*  
Bernhard Pulver

Der Staatsschreiber

*C. Auer*  
Christoph Auer

SECO	
16. Juni 2017	
vorregistriert OAGSdm	<i>hcl</i>



**Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Bahnhofstrasse 15  
Postfach 3768  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 51 55  
buwd@lu.ch  
www.lu.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)  
Direktion für Standortförderung  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

samuel.turcati@seco.admin.ch

Luzern, 4. Juli 2017

Protokoll-Nr.: 775

**Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsgenossenschaften und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 5. April 2017 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) den Kantonen die Entwürfe einer Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsgenossenschaften und zur Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum zur Vernehmlassung zugestellt.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates äussern wir uns zu den Vorlagen wie folgt:

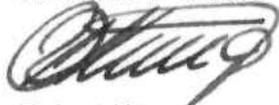
Das gewerbeorientierte Bürgschaftswesen erleichterte bisher den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) den Zugang zu Bankkrediten und damit die Unternehmungsfinanzierung. Dieses Förderungsinstrument steht u.a. durch seine Stellung im Markt auch im Kontext der Politik für den ländlichen Raum und der Regionalpolitik. Wir begrüssen daher die vorgeschlagenen Anpassungen des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsgenossenschaften, insbesondere die Erhöhung der Bürgschaftslimite von heute 500'00 Franken auf eine Million Franken. Damit können neue Kundensegmente und verstärkt auch industrielle Betriebe in den Regionen angesprochen werden können.

Mit der Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum kann eine Doppelspurigkeit im staatlich geförderten Bürgschaftswesen beseitigt und der Fokus vollständig auf das gewerbeorientierte Bürgschaftswesen gelegt werden, weshalb wir auch damit einverstanden sind.

Weder die Anpassungen des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsgenossenschaften noch die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum haben finanzielle oder personelle Auswirkungen auf die Kantone.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren.

Freundliche Grüsse



Robert Künig  
Regierungsrat

28. JUNI 2017



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)  
Herr Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

### **Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum; Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 5. April 2017 hat uns das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) die Unterlagen zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum unterbreitet. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Der Kanton Uri nimmt von der vorgesehenen Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen (SR 951.25) Kenntnis. Er begrüsst insbesondere die Erhöhung der Bürgschaftslimite von Bürgschaftsorganisationen. Die vorgesehene Anhebung der Obergrenze kann bei der Finanzierung von Übertragungen oder Nachfolgen hilfreich sein. Dasselbe gilt für Investitionen von Unternehmen, die es erlauben, Arbeitsplätze in den Regionen zu halten oder neue zu schaffen. Angesichts der herausfordernden konjunkturellen Gegebenheiten wäre diese erwartete Bewahrung aber auch Schaffung von Arbeitsplätzen zu begrüssen. Ausserdem würden die Unternehmen, die eine Bürgschaft in Anspruch nehmen, dem Bund über die direkten Bundessteuern zusätzliche Einnahmen beschieren. Umgekehrt ist die geplante Erhöhung der Obergrenze für den Bund mit keinen wesentlichen Risiken verbunden.

SECO	
29. Juni 2017	
vorregistriert OAGSdm	<i>gid</i>

Die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum lehnt der Kanton Uri ab. Mit der neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP) wurde die alte Berggebietsförderung (IHG) abgelöst, die auch einzelbetriebliche Fördermassnahmen erlaubte. Mit der Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum soll ein nun wichtiges einzelbetriebliches Förderinstrument in der NRP ersatzlos fallen. Der Kanton Uri vertritt die Auffassung, dass der Bund prüfen sollte, ob in Zukunft für Sonderfälle nach wie vor eine einzelbetriebliche Förderung im Rahmen der NRP möglich ist.

Wir bedanken uns, sehr geehrter Herr Bundesrat, für die Möglichkeit der Stellungnahme und bitten Sie unsere Argumente in Ihren weiteren Überlegungen mit zu berücksichtigen.

Altdorf, 27. Juni 2017



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Beat Jörg

Roman Balli

Regierungsrat des Kantons Schwyz



6431 Schwyz, Postfach 1260

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung

elektronisch an: samuel.turcati@seco.admin.ch

Schwyz, 13. Juni 2017

**Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum**  
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 5. April 2017 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und zur Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum zur Vernehmlassung bis 12. Juli 2017 unterbreitet.

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz unterstützt die vorgesehene Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen. Die vorgeschlagene Anhebung der Obergrenze kann bei der Finanzierung von Übertragungen oder Nachfolgen hilfreich sein. Dasselbe gilt auch für Investitionen von Unternehmen, die es erlauben, Arbeitsplätze in den Regionen zu halten oder neue zu schaffen. Angesichts der konjunkturellen Gegebenheiten ist die erwartete Bewahrung aber auch Schaffung von Arbeitsplätzen zu begrüßen. Ausserdem würden die Unternehmen, welche eine Bürgschaft in Anspruch nehmen, dem Bund über die direkten Bundessteuern zusätzliche Einnahmen generieren. Umgekehrt ist die geplante Erhöhung der Obergrenze für den Bund mit keinen wesentlichen Risiken verbunden.

Auch die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (BGB) wird unterstützt. Mit der Neuen Regionalpolitik des Bundes wurde die alte Berggebietsförderung abgelöst. Dieser Paradigmenwechsel weg von einzelbetrieblicher Förderung wird mit der Aufhebung des BGB konsequent zu Ende geführt und eine Doppelspurigkeit im staatlich geförderten Bürgschaftswesen beseitigt.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:



Othmar Reichmuth, Landammann



Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber



Kopie z.K. an:

- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

Eidgenössischen Departement für Wirtschaft  
Bildung und Forschung (WBF)  
3003 Bern

E-Mail: samuel.turcati@seco.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.2836

Sarnen, 13. Juni 2017

**Entwurf der Teilrevision vom Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte  
Bürgschaftsorganisationen und zur Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von  
Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme bezüglich Teilrevision des Bundesgesetzes  
über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen (SR 951.25) und Aufhebung  
des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet  
und im weiteren ländlichen Raum (SR 901.2).

Wir sind mit den beiden Vorlagen und den diesbezüglichen Ausführungen im erläuternden Bericht  
einverstanden und haben keine Bemerkungen anzubringen.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Franz Enderli  
Landammann

Dr. Stefan Hossli  
Landschreiber



KANTON  
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND  
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans  
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02  
staatskanzlei@nw.ch  
Stans, 4. Juli 2017

**Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum. Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann

Mit Schreiben vom 5. April 2017 haben Sie uns eingeladen, zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und zur Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit dazu und vernehmen uns wie folgt:

Wir erachten Bürgschaften als adäquates Instrument, um das Gewerbe subsidiär zu unterstützen. Deshalb begrüssen wir die kombinierte Vorlage zum Bürgschaftswesen und haben keine weiteren Anmerkungen anzubringen.

Freundliche Grüsse  
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Yvonne von Deschwanden  
Landammann

lic. iur. Hugo Murer  
Landschreiber



Geht an:

- samuel.turcati@seco.admin.ch



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
3003 Bern

Glarus, 6. Juli 2017

Unsere Ref: 2017-80

**Vernehmlassung zur Teilrevision des BG über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des BG über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum**

Hochgeachteter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Die nachfolgenden Anmerkungen unsererseits stützen die Position der BG Ost-Süd Bürgschaftsgenossenschaft und beziehen sich alle auf die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen (SR 951.25):

- Förderungsgrundsätze (Art. 2 Bst. d) und Empfänger von Finanzhilfen (Art. 3):  
Eine Ausweitung der Bürgschaftsgewährung zugunsten von Finanzierungsinstituten ausserhalb der Bankenbranche wäre zu begrüssen. Die explizite Beschränkung auf die Bankinstitute unter Art. 3 ist daher anzupassen.
- Bürgschaftslimite und Verlustbeitrag des Bundes (Art. 6):  
Eine Verdoppelung der Bürgschaftslimite auf 1 Million Franken entspricht vermutlich nicht einem Marktbedürfnis. Sie erscheint daher unnötig.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

**Für den Regierungsrat**

  
Rolf Widmer  
Landammann

  
Hansjörg Dürst  
Ratsschreiber

E-Mail an: samuel.turcati@seco.admin.ch

versandt am: **06. Juli 2017**

Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

**Nur per E-Mail**

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Zug, 20. Juni 2017 hs

**Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgerschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum – Vernehmlassung des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 5. April 2017 haben Sie uns eingeladen, zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgerschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum, eine Stellungnahme einzureichen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

**Anträge:**

1. Der Kanton Zug stimmt der vorgesehenen Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgerschaftsorganisationen zu.
2. Wir stimmen der Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (BGB) zu.

**Bemerkungen:**

**Zu Antrag 1: Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgerschaftsorganisationen**

Mit Blick auf die angespannte wirtschaftliche Situation, welche besonders auch für KMU grosse Herausforderungen mit sich bringt, ist insbesondere die Erhöhung der Interventionsgrenze von Bürgerschaftsorganisationen zu begrüssen. Die Anpassungen haben weder personelle noch finanzielle Auswirkungen für den Kanton Zug, da keine kantonalen Finanzierungshilfen zur Verfügung stehen. Verschiedene Kantone, u.a. auch die Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (CDEP-SO), haben sich bereits im Rahmen der parlamentarischen Phase für eine solche Erhöhung eingesetzt.

Die vorgeschlagene Anhebung der Obergrenze kann bei der Finanzierung von Übertragungen oder Nachfolgen hilfreich sein. Dasselbe gilt auch für Investitionen von Unternehmen, die es erlauben, Arbeitsplätze in den Regionen zu halten oder neue zu schaffen. Angesichts der herausfordernden konjunkturellen Gegebenheiten wäre diese erwartete Bewahrung, aber auch die Schaffung von Arbeitsplätzen, sehr zu begrüßen. Ausserdem würden die Unternehmen, welche eine Bürgschaft in Anspruch nehmen, dem Bund über die direkten Bundessteuern zusätzliche Einnahmen bescheren. Umgekehrt ist die geplante Erhöhung der Obergrenze für den Bund mit keinen wesentlichen Risiken verbunden.

**Zu Antrag 2: Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum**

Die Aufhebung des BGB ist sinnvoll und operativ bereits eingeleitet. Mit der Neuen Regionalpolitik des Bundes wurde die alte Berggebietsförderung abgelöst. Dieser Paradigmenwechsel weg von einzelbetrieblicher Förderung wird mit der Aufhebung des BGB konsequent zu Ende geführt bzw. eine Doppelspurigkeit im staatlich geförderten Bürgschaftswesen wird beseitigt.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse  
Regierungsrat des Kantons Zug



Manuela Weichelt-Picard  
Frau Landammann



Tobias Moser  
Landschreiber

Kopie (per E-Mail) an:

- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug
- Finanzdirektion (info.fd@zg.ch)
- Amt für Wirtschaft und Arbeit (info.awa@zg.ch)
- Landwirtschaftsamt (info.lwa@zg.ch)
- samuel.turcati@seco.admin.ch (PDF- und Word-Version)



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48  
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat  
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Confédération Suisse – DEFR  
Secrétariat d'Etat à l'économie SECO  
A l'att. de Monsieur Martin Godel  
Chef du secteur Politique PME  
Holzikofenweg 36  
3003 Berne

SECO	
15. Juni 2017	
vorregistriert OAGSdm	rgs

*Fribourg, le 13 juin 2017*

**Révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises et abrogation de la loi fédérale sur l'octroi de cautionnements et de contributions au service de l'intérêt dans les régions de montagne et le milieu rural en général**

Monsieur le Chef suppléant de la Direction de la promotion économique,

Nous nous référons à la consultation mentionnée sous rubrique et avons l'avantage de vous communiquer notre prise de position.

Le Conseil d'Etat du canton de Fribourg est favorable à la révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises (PME). Compte tenu d'une situation économique tendue et des défis que doivent relever les PME, il faut se féliciter en particulier du relèvement du plafond d'intervention des organisations de cautionnement. Plusieurs cantons, dont ceux de la Conférence des chefs des départements cantonaux de l'économie publique de Suisse occidentale, se sont déjà prononcés en faveur d'un tel relèvement pendant la procédure parlementaire.

Le relèvement de plafond proposé peut se révéler utile pour financer des transmissions ou des successions de PME. C'est également vrai pour les investissements d'entreprises permettant le maintien ou la création d'emplois dans les régions. Étant donné les réalités conjoncturelles, on ne peut que s'en féliciter. Par ailleurs, les entreprises qui sollicitent un cautionnement amèneraient des recettes supplémentaires à la Confédération par le biais de l'impôt fédéral direct. À noter que le relèvement du plafond n'entraîne aucun risque sérieux pour la Confédération.

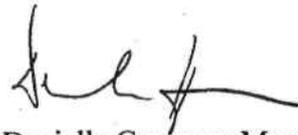
Le Conseil d'Etat est favorable aussi à l'abrogation de la loi fédérale sur l'octroi de cautionnements et de contributions au service de l'intérêt dans les régions de montagne et le milieu rural en général (LCC). La nouvelle politique régionale de la Confédération s'est substituée à l'ancien système de promotion des régions de montagne. Ce changement de paradigme, qui marque la fin du système d'aides aux entreprises individuelles, trouve son aboutissement logique avec l'abrogation de la LCC. En outre, cette mesure permet d'éliminer les doublons dans le cautionnement bénéficiant d'un soutien public.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Chef suppléant de la Direction de la promotion économique, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.



Maurice Ropraz  
Président

Au nom du Conseil d'Etat :



Danielle Gagnaux-Morel  
Chancelière d'Etat

**Regierungsrat**

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
www.so.ch



Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Direktion für Standortförderung  
Ressort KMU-Politik  
Herr Samuel Turcati  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

13. Juni 2017

**Stellungnahme zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) hat uns mit Schreiben vom 5. April 2017 den Entwurf zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum zugestellt. Wir nehmen dazu wie folgt Stellung:

Der Kanton Solothurn stellt sich hinter die Teilrevision. Über dreissig Prozent der Arbeitsplätze im Kanton befinden sich im sekundären Sektor. Dieses Verhältnis ist deutlich über dem Schweizer Mittel. Bei einem Grossteil der Arbeitgeber in der Industrie handelt es sich um kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die genau zur Zielgruppe des Bürgschaftswesens zählen.

Viele dieser Unternehmen stehen vor oder inmitten grosser Herausforderungen. Die Bürgschaftsgenossenschaft ist ein einzelbetriebliches Förderinstrument, das KMU im Kanton Solothurn zur Verfügung steht, wenn Investitionen in neue Technologien nötig werden, aber nicht ausreichend Eigenmittel oder Sicherheiten vorhanden sind. Auf dem Weg zur Industrie 4.0 stehen diese Unternehmer vor grossen Investitionen. Für diese Transformation ist es wichtig, dass sie ausreichend Zugang zu Fremdkapital haben. Die Bürgschaftslimite von 500'000 Franken auf 1 Mio. Franken kommt daher genau zur richtigen Zeit. Sie entspricht den Bedürfnissen zahlreicher KMU im Kanton Solothurn.

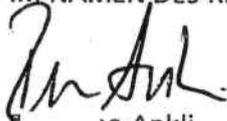
Die Erhöhung der Obergrenze birgt aus unserer Sicht keine wesentlichen Risiken oder Marktverzerrungen. Gemäss eigenen Angaben sind die Genossenschaften auf diesen Schritt gut vorbereitet und die Banken fürchten keine Konkurrenz durch dieses Förderinstrument. Das Bürgschaftswesen unterstützt Gründung, Nachfolgeplanung und die Vergrösserung von KMU. Das Instrument hilft somit Arbeitsplätze in der Region zu halten und zu schaffen.

Die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und ländlichen Raum (BGB) erachten wir als sinnvoll, weil es seine ursprüngliche Bedeutung als regionalpolitisches Instrument vollkommen verloren hat.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Ursula Landammann  
Landammann



Andreas Eng  
Staatsschreiber



Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54  
Fax: +41 61 267 85 72  
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch  
www.regierungsrat.bs.ch

Eidg. Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung  
Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)  
Direktion Standortförderung  
Herr Samuel Turcati  
3003 Bern

per Mail an: samuel.turcati@seco.admin.ch

Basel, 24. Mai 2017

**Regierungsratsbeschluss vom 23. Mai 2017**

**Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfe an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum.**  
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrter Herr Turcati

Wir danken für Ihr Schreiben vom 5. April 2017 und die damit verbundenen Möglichkeit, zur obgenannten Teilrevision Stellung zu nehmen.

Die in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagenen Anpassungen sind angemessen und bieten den KMU die Möglichkeit, mit Hilfe der gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften den Zugang zu höheren Bankkrediten zu gewährleisten.

Der Regierungsrat unterstützt daher die entsprechenden Anpassungen im Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen sowie die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum.

Freundliche Grüsse  
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann  
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

(per Mail an [samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch))

Liestal, 6. Juni 2017

### **Vernehmlassung zum Bürgschaftswesen**

Sehr geehrter Herr Turcati  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft unterstützt die vorliegende Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfe an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen vollumfänglich. Die Erhöhung der Bürgschaftslimite auf CHF 1 Mio. begrüßen wir im Interesse der Schweizer KMU. Namentlich bei Übertragungen oder bei Nachfolgen (Nachfolgeregelungen) kann dies eine sehr hilfreiche Unterstützung sein. Aufgrund dieser Überzeugung unterhält der Kanton Basel-Landschaft mit der BG Mitte (Bürgschaftsgenossenschaft für KMU) seit Jahren einen direkten Leistungsauftrag.

Auch die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum können wir unterstützen. Doppelspurigkeiten im staatlich geförderten Bürgschaftswesen werden somit beseitigt.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



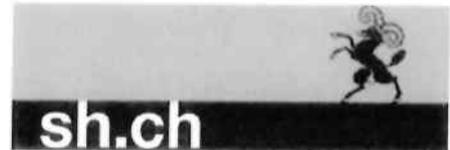
Thomas Weber  
Regierungspräsident



Peter Vetter  
Landschreiber

Kanton Schaffhausen  
Volkswirtschaftsdepartement  
Mühlentalstrasse 105  
CH-8200 Schaffhausen  
www.sh.ch

T +41 52 632 73 80  
sekretariat.vd@ktsh.ch



Volkswirtschaftsdepartement

Staatssekretariat für Wirtschaft  
SECO  
Direktion für Standortförderung  
Ressort KMU-Politik  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

**per E-Mail an:**

samuel.turcati@seco.admin.ch

Schaffhausen, 29. Juni 2017

**Vernehmlassung betreffend Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen; Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Turcati

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 5. April 2017 haben Sie uns in oben erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen. Wir bedanken uns für diese Gelegenheit und teilen Ihnen fristgerecht mit, dass wir die vorliegende Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum begrüssen. Im Übrigen verweisen wir auf die Stellungnahme der Konferenz der Volkswirtschaftsdirektorinnen und Volkswirtschaftsdirektoren vom 22. Juni 2017.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdepartement  
Der Vorsteher:



Ernst Landolt  
Regierungsrat



11 JULI 2017

Regierungsgebäude  
9102 Herisau  
Tel. +41 71 353 61 11  
Fax +41 71 353 68 64  
kantonskanzlei@ar.ch  
www.ar.ch

Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
3003 Bern

SECO	
11. Juli 2017	
vorregistriert OAGSdm	ngs

Dr. iur. Roger Nobs  
Ratschreiber  
Tel. +41 71 353 63 51  
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 7. Juli 2017

**Eidg. Vernehmlassung; Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerborientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 5. April 2017 unterbreitet das Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen (SR 951.25) sowie die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (SR 901.2) zur Vernehmlassung.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden unterstützt die vorgesehene Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen. Mit Blick auf die angespannte wirtschaftliche Situation, welche besonders auch für KMU grosse Herausforderungen mit sich bringt, ist insbesondere die Erhöhung der Interventionsgrenze von Bürgschaftsorganisationen zu begrüßen.

Die vorgeschlagene Anhebung der Obergrenze kann bei der Finanzierung von Übertragungen oder Nachfolgen hilfreich sein. Dasselbe gilt auch für Investitionen von Unternehmen, die es erlauben, Arbeitsplätze in den Regionen zu halten oder neue zu schaffen. Angesichts der herausfordernden konjunkturellen Gegebenheiten wäre diese erwartete Bewahrung aber auch Schaffung von Arbeitsplätzen sehr zu begrüßen. Ausserdem würden die Unternehmen, welche eine Bürgschaft in Anspruch nehmen, dem Bund über die direkten Bundessteuern zusätzliche Einnahmen bescheren. Umgekehrt ist die geplante Erhöhung der Obergrenze für den Bund mit keinen wesentlichen Risiken verbunden.



Auch die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (BGB) wird vom Regierungsrat unterstützt. Mit der Neuen Regionalpolitik des Bundes wurde die alte Berggebietsförderung abgelöst. Dieser Paradigmenwechsel weg von einzelbetrieblicher Förderung wird mit der Aufhebung des BGB konsequent zu Ende geführt, eine Doppelspurigkeit im staatlich geförderten Bürgschaftswesen beseitigt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber



KANTON  
APPENZEL INNERRHODEN

## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 25  
Telefax +41 71 788 93 39  
regina.doerig@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Staatssekretariat für Wirtschaft  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

Appenzell, 11. Mai 2017

### **Teilrevision Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgerschaftsorganisationen; Aufhebung Bundesgesetz über die Gewährung von Bürgerschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 5. April 2017, mit welchem Sie um Stellungnahme zur oben erwähnten Gesetzesrevision ersuchen. Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit der Neuen Regionalpolitik des Bundes wurde die alte Berggebietsförderung abgelöst. Die Aufhebung des BGB ist eine späte Folge davon. Damit wird eine Doppelspurigkeit im staatlich geförderten Bürgerschaftswesen beseitigt und der Fokus vollständig auf das gewerbeorientierte Bürgerschaftswesen gelegt.

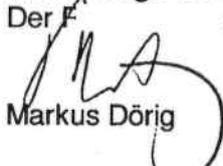
Die vorgeschlagene Erhöhung der Bürgerschaftskredite auf bis zu Fr. 1 Mio. macht durchaus Sinn, wenn Gewerbebetriebe vergeblich Kredite bei Finanzinstituten nachfragen. Das zusätzliche Ausfallrisiko für den Bund ist schwierig einschätzbar, wobei enge Kontrollmechanismen dieses möglichst eindämmen sollen.

Aus all diesen Gründen befürwortet die Standeskommission die beiden vorgeschlagenen Änderungen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

### **Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der F

  
Markus Dörig

### **Zur Kenntnis an:**

- samuel.turcati@seco.admin.ch
- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Sekretariat, Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Land- und Forstwirtschaftsdepartement, Sekretariat, Gaiserstrasse 8, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell

AI 013.12-91.22-192107

## Turcati Samuel SECO

---

**Von:** Brack Gabriela VD-GS-Sekr <Gabriela.Brack@sg.ch>  
**Gesendet:** Montag, 19. Juni 2017 09:46  
**An:** Turcati Samuel SECO  
**Betreff:** Revision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet

Sehr geehrter Herr Turcati

Im Auftrag der Departementsleitung danken wir für die Gelegenheit zur Stellungnahme in oben erwähnter Angelegenheit. Wir begrüssen die Revision bzw. die Aufhebung der entsprechenden Bundesgesetze und sehen von weiteren Bemerkungen ab.

Freundliche Grüsse  
Gabriela Brack  
Leiterin Sekretariat  
Assistentin des Generalsekretärs

T +41 58 229 34 97,  [Skype-Anruf](#)  
F +41 58 229 21 75  
[gabriela.brack@sg.ch](mailto:gabriela.brack@sg.ch)

Kanton St.Gallen  
Volkswirtschaftsdepartement  
Davidstrasse 35  
9001 St.Gallen



Sitzung vom  
04. Juli 2017

Mitgeteilt den  
04. Juli 2017

Protokoll Nr.  
645

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung

Per E-Mail an: [samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)

**Teilrevision des Bundesgesetzes über Finanzhilfen an gewerbeorientierte  
Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Ge-  
währung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im  
weiteren ländlichen Raum – Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 5. April 2017 in erwähnter Sache und be-  
danken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Gerne machen wir davon wie folgt  
Gebrauch.

Die Regierung des Kantons Graubünden unterstützt die vorgesehene Teilrevision  
des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorgani-  
sationen (SR 951.25). Mit Blick auf die angespannte wirtschaftliche Situation, welche  
besonders auch für KMU grosse Herausforderungen mit sich bringt, ist insbesondere  
die Erhöhung der Interventionsgrenze von Bürgschaftsorganisationen zu begrüßen.  
Die vorgeschlagene Anhebung der Obergrenze kann bei der Finanzierung von Über-  
tragungen oder Nachfolgen hilfreich sein. Dasselbe gilt auch für Investitionen von Un-  
ternehmen, die es erlauben, Arbeitsplätze in den Regionen zu halten oder neue zu  
schaffen. Angesichts der herausfordernden konjunkturellen Gegebenheiten wäre  
diese erwartete Bewahrung und Schaffung von Arbeitsplätzen sehr zu begrüßen.

Ausserdem würden die Unternehmen, welche eine Bürgschaft in Anspruch nehmen, dem Bund über die direkten Bundessteuern zusätzliche Einnahmen bescheren. Umgekehrt ist die geplante Erhöhung der Obergrenze für den Bund mit keinen wesentlichen Risiken verbunden.

Auch die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (BGB; SR 901.2) kann unterstützt werden. Mit der Neuen Regionalpolitik des Bundes wurde die alte Berggebietsförderung abgelöst. Dieser Paradigmenwechsel weg von einzelbetrieblicher Förderung wird mit der Aufhebung des BGB konsequent zu Ende geführt und eine Doppelspurigkeit im staatlich geförderten Bürgschaftswesen beseitigt.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

B. Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

lic. iur. Daniel Spadin



KANTON AARGAU

## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat

SECO	
- 7. Juli 2017	
vorregistriert OAGSdm	rgs

### A-Post Plus

Staatssekretariat für Wirtschaft  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

5. Juli 2017

### **Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 5. April 2017 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung des oben genannten Geschäfts eingeladen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und machen gerne davon Gebrauch.

Mit den beantragten Änderungen soll das gewerbeorientierte Bürgschaftswesen gestärkt und das Bundesgesetz über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum aufgehoben werden. Der Regierungsrat begrüsst dies insgesamt; er erkennt für den Kanton Aargau aber keine wesentlichen positiven Auswirkungen der beantragten Massnahmen. Gerne nehmen wir zu einzelnen Punkten wie folgt Stellung:

Für den Regierungsrat ist von Bedeutung, dass sich das staatlich unterstützte Bürgschaftswesen auf kleinere, mittlere und junge Unternehmen fokussiert. Denn vor allem bei diesen Unternehmen bestehen Schwierigkeiten mit der Kreditverfügbarkeit. Fraglich ist, ob die beantragte Verdoppelung der Bürgschaftslimite diesem Ziel dient. Der Regierungsrat steht daher dem Anliegen kritisch gegenüber.

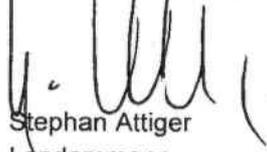
Gemäss Art. 7 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen soll der Bund den Verwaltungskostenbeitrag in gleicher Höhe kürzen, sofern die Bürgschaftsorganisationen Ausschüttungen an die Genossenschafter vornehmen. Der Regierungsrat lehnt dies ab. Genossenschafter sollen von einer erfolgreichen Geschäftstätigkeit profitieren und einen angemessenen Gegenwert für ihre eingegangenen Risiken erhalten. Wir weisen darauf hin, dass im Fall der BG OST-SÜD Bürgschaftsgenossenschaft für KMU, an welcher der Kanton Aargau beteiligt ist, 64 % aller Anteilscheine im Besitz von Berufs- und Gewerbeverbänden sind. Diese Verbände sollen auch einen finanziellen Anreiz haben, Genossenschafter zu bleiben.

Derzeit gewährt der Bund nur Finanzhilfen an anerkannte Organisationen, welche den KMU Bürgschaften auf Kredite von Banken nach dem Bankengesetz gewähren. Angesichts der Entwicklungen in der Kreditwirtschaft – beispielsweise unter dem Stichwort Crowdfunding – beantragt der Regierungsrat zu prüfen, die Grundlagen zu schaffen, damit Bürgschaften auch für Kredite von Nichtbanken, für Leasinggeschäfte oder andere Finanzierungsformen vergeben werden können.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Stephan Attiger  
Landammann



Vincenza Trivigno  
Staatsschreiberin

Kopie

- [samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Departement  
für Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Herr Johann N. Schneider-Ammann  
Bundesrat  
3003 Bern

Frauenfeld, 27. Juni 2017

**Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte  
Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewäh-  
rung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren  
ländlichen Raum**

**Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf für eine Änderung des Bundesge-  
setzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen (SR  
951.25) einerseits und zum Entwurf für eine Aufhebung des Bundesgesetzes über die  
Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren  
ländlichen Raum (BGB; SR 901.2) andererseits Stellung nehmen zu können.

Seit der Einführung der Regionalpolitik des Bundes (NRP) im Jahr 2008 hat das BGB  
seine Bedeutung als regionalpolitisches Instrument weitgehend verloren. Auch steht mit  
dem Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisati-  
onen ein alternatives Instrument zur Verfügung, das bezüglich Bürgschaften mindes-  
tens gleichwertige Konditionen bietet und den Geltungssperimeter des BGB vollumfäng-  
lich abdeckt. Damit sind wir mit der Aufhebung des BGB einverstanden. Ebenso können  
wir den vorgeschlagenen Änderungen des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an  
gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen zustimmen, zumal diese weder finanziel-  
le noch personelle Auswirkungen auf die Kantone haben sollen.

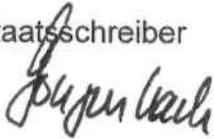
2/2

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatsschreiber





numero

Bellinzona

2696

cl

1

14 giugno 2017

Repubblica e Cantone Ticino  
Consiglio di Stato  
Piazza Governo 6  
Casella postale 2170  
6501 Bellinzona  
telefono +41 91 814 43 20  
fax +41 91 814 44 35  
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone  
Ticino

## Il Consiglio di Stato



Dipartimento federale dell'economia,  
della formazione e della ricerca DEFR  
Settore Politica a favore delle PMI  
a.c.a Signor Samuel Turcati  
Holzikofenweg 36  
3003 Berna

Invio per mail:  
[samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)

### Risposta a consultazione federale

**Revisione parziale della legge sugli aiuti finanziari alle organizzazioni che concedono fideiussioni alle piccole e medie imprese e abrogazione della Legge federale sulla concessione di fideiussioni e di contributi sui costi di interesse nelle regioni montane e nelle altre aree rurali.**

Gentili Signore, egregi Signori,

ringraziamo per l'opportunità di poterci esprimere su questo importante tema che concerne le piccole e medie imprese (PMI) svizzere.

Il sistema di fideiussioni per le PMI intende agevolare l'accesso di queste ultime al credito bancario e, quindi, agevolarne il finanziamento. Da quando è stato riorganizzato, nel 2007, il sistema di fideiussioni per le PMI si è sviluppato positivamente, si è affermato e poggia oggi su solide basi.

Nel nostro Cantone, la Cooperativa di fideiussione CFSud è attualmente coinvolta, anche grazie alla buona collaborazione con le banche locali e i vari enti, in numerosi progetti. Per promuovere ulteriormente questo strumento nel 2016 il Canton Ticino ha firmato con la Cooperativa di fideiussione CFSud un accordo di collaborazione che prevede, nell'ambito della rinnovata Legge per l'innovazione economica, la possibilità di sostenere anche quei progetti che necessitano di un importo garantito da una fideiussione superiore ai 500'000.- franchi, che rappresenta la soglia massima fissata attualmente dalla Legge federale. Il rischio supplementare assunto dal Cantone è stato fissato in 250'000.- franchi, estendendo in questo modo l'importo massimo soggetto a fideiussione a complessivi 750'000.- franchi. La CFSud rimane l'ente di riferimento per il richiedente, mentre il Cantone valuta la coerenza con la propria strategia in materia di sviluppo economico.

La principale modifica oggetto della consultazione, che concerne l'innalzamento del limite massimo delle fideiussioni a un milione di franchi in adempimento della mozione depositata dal consigliere agli Stati Comte, è quindi in linea con una specifica misura già messa in atto a

livello cantonale. La proposta di innalzamento del limite massimo delle fideiussioni a un milione di franchi raccoglie pertanto la nostra adesione.

Come già indicato nella nostra risposta del 10 dicembre 2014 nell'ambito della consultazione federale concernente la revisione totale dell'ordinanza sugli aiuti finanziari alle organizzazioni che concedono fideiussioni alle piccole e medie imprese, qualora dovessimo constatare un aumento del numero di aziende interessate allo strumento della fideiussione, saremmo disposti a valutare un sostegno per l'apertura di una sede della CFSud nel nostro Cantone.

Per quanto concerne le specifiche domande relative alla revisione parziale della Legge segnaliamo che:

- sosteniamo l'innalzamento del limite massimo delle fideiussioni a un milione di franchi (art. 6);
- condividiamo l'adeguamento del principio di sussidiarietà (art. 2);
- aderiamo alla proposta di riduzione del contributo della Confederazione alle spese d'amministrazione in caso di ripartizione dell'avanzo netto tra soci (art. 7).

Condividiamo inoltre la proposta del secondo progetto di abrogare la Legge federale sulla concessione di fideiussioni e di contributi sui costi di interesse nelle regioni montane e nelle altre aree rurali.

Vogliate accogliere, gentili Signore ed egregi Signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Manuele Bertoli

Il Cancelliere:

  
Arnoldo Coduri

In copia:

- Divisione dell'economia (dfe-de@ti.ch)
- Ufficio per lo sviluppo economico (dfe-use@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal  
1014 Lausanne

SECO	
03. Juli 2017	
vorregistriert	
OAGSdm	

Monsieur le Conseiller fédéral  
Johann Schneider-Ammann  
Chef du Département fédéral de  
l'économie, de la formation et de la  
recherche  
Palais fédéral est  
3003 Berne

GENERALSEKRETARIAT	
- 3. JULI 2017	
GS	
SECO	<input checked="" type="checkbox"/>
BLW	
KTI	
EHB	
SBFJ	
AM	
LBWO	
WEKO	
PU	
KF	
Reg. Nr. _____	

Réf. : CS/15022193

Lausanne, le 28 juin 2017

**Procédure de consultation relative à la modification de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons bien reçu votre courrier du 5 avril 2017 nous informant de la procédure de consultation concernant l'objet cité en titre.

Le Conseil d'Etat accueille favorablement la révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises. Compte tenu d'une situation économique toujours difficile et des défis que doivent relever les PME, il faut se féliciter en particulier du relèvement du plafond d'intervention des organisations de cautionnement. Le Conseil d'Etat avait du reste déjà soutenu ce relèvement durant la phase parlementaire.

Concernant le détail de la loi, vous trouverez ci-après la position du Conseil d'Etat qui a été élaborée en étroite coordination avec l'ensemble des Cantons membres de Cautionnement Romand ainsi que les Cantons membres la Conférence des Départements de l'économie publique de Suisse occidentale (CDEP-SO).

Titre de la loi

Le titre de la loi en allemand est «Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen», en français «Loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises». Le terme «gewerbeorientiert» ne correspond plus à la réalité et devrait soit être effacé (comme c'est le cas en français), permettant ainsi d'alléger la nomenclature, ou soit être remplacé par «PME».

SECO	
03. Juli 2017	
vorregistriert	
OAGSdm	g.d

**Proposition :**

- **Bundesgesetz über die Finanzhilfen an Bürgschaftsorganisationen zu Gunsten der KMU**
- **Loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des PME**

Article 2 Principes du soutien, alinéa d

La modification nous convient, elle reflète mieux la situation actuelle. Le cautionnement étant une garantie accessoire à une créance principale, elle-même devant être octroyée par un établissement bancaire établi en Suisse.

Article 7 Frais administratifs, alinéa 1

Les «Frais administratifs» sont destinés à abaisser la prime de risque en faveur des bénéficiaires de cautionnements. La formulation que vous proposez ainsi que l'ajout «en complément des cantons», apportent des incertitudes à un instrument fédéral qui n'ont pas lieu d'être.

**Proposition :**

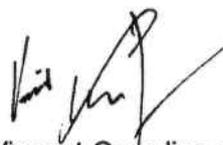
- **La Confédération participe au financement des frais administratifs des organisations lorsque ces frais découlent de l'octroi de cautionnements.**

En vous remerciant d'ores et déjà l'attention portée aux éléments ci-dessus, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT

LE CHANCELIER

  
Pierre-Yves Maillard  
Vincent Grandjean**Copies**

- OAE
- SPECO



Conseil d'Etat  
Staatsrat

CANTON DU VALAIS  
KANTON WALLIS



2017.02470

Monsieur le Conseiller fédéral  
Johann N. Schneider Ammann  
DEFR  
Palais fédéral Est  
3003 Berne

Références

Date 21 juin 2017

**Procédure de consultation relative à la Révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Pour donner suite à la procédure de consultation relative à la loi citée en titre nous vous transmettons, ci-après notre position sur le projet transmis.

Le Conseil d'Etat accueille favorablement la révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises.

Compte tenu des défis que doivent relever nos PME dans un environnement très compétitif, nous saluons le relèvement du plafond d'intervention des organisations de cautionnement.

Concernant le détail de la loi, nous vous proposons les adaptations suivantes:

**Titre**

Le titre de la loi en allemand est "Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen" et en français: "Loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises". Le terme «gewerbeorientiert» ne correspond plus à la réalité et devrait soit être supprimé (comme c'est le cas en français), permettant ainsi d'alléger la nomenclature, soit être remplacé par "KMU".

Proposition:

"Bundesgesetz über die Finanzhilfen an Bürgschaftsorganisationen zu Gunsten der KMU"

**Article 6 Limite de cautionnement et contribution de la Confédération à la couverture des pertes**

Nous saluons le relèvement de la limite à 1 million de francs, conformément à notre position durant la phase parlementaire. Le relèvement de plafond proposé s'avérera appréciable pour financer des transmissions ou des successions de PME. C'est également vrai pour les investissements d'entreprises permettant le maintien ou la création d'emplois.

Étant donné une conjoncture toujours délicate nous nous en réjouissons, ce d'autant que le relèvement du plafond ne nous paraît pas entraîner de risque sérieux pour la Confédération.



**Article 7 Frais administratifs, alinéa 1**

Les "frais administratifs" sont destinés à abaisser la prime de risque en faveur des bénéficiaires de cautionnements. La formulation que vous proposez ainsi que l'ajout "en complément des cantons", apportent des incertitudes au sujet de cet instrument fédéral.

Proposition:

La Confédération participe au financement des frais administratifs des organisations lorsque ces frais découlent de l'octroi de cautionnements.

En vous remerciant de nous avoir consultés et de l'attention portée à notre position, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'assurance de notre parfaite considération.

Le président

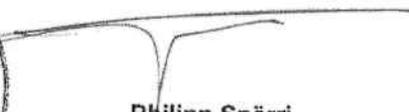


Jacques Melly

Au nom du Conseil d'Etat



Le chancelier



Philipp Spörri

Copie à [samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)



## LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

### *Envoi par courriel*

Département fédéral de l'économie, de la  
formation et de la recherche  
Palais fédéral Est  
3003 Berne  
[samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)

**Révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises et abrogation de la loi fédérale sur l'octroi de cautionnements et de contributions au service de l'intérêt dans les régions de montagne et le milieu rural en général : ouverture de la procédure de consultation**

Monsieur le conseiller fédéral,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel a pris connaissance du projet cité en objet et vous remercie de l'avoir associé à la procédure de consultation.

En préambule, nous profitons ici de souligner l'importance d'un outil tel que le cautionnement pour les PME neuchâteloises qui composent une part prépondérante du tissu économique du canton. Grâce à cette garantie bancaire, les PME obtiennent plus facilement les crédits d'exploitation ou d'investissement nécessaires à l'accomplissement de leur projet et leur permettent ainsi de préserver ou créer des postes de travail.

En 2016, dans le canton de Neuchâtel, 38% des garanties ont concerné des reprises et transmissions de PME, 32% des créations d'entreprise et 25% du soutien au fonds de roulement. Plus d'un tiers des garanties a été octroyé à des entreprises de l'industrie manufacturière pénalisées par un franc fort et une conjoncture défavorable. Pour ces raisons, nous saluons la volonté de relever le plafond et sommes favorable à la révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises.

Toutefois, nous partageons les remarques et formulations d'amélioration émises par cautionnement romand dans le cadre de la procédure de consultation et plus particulièrement l'Art. 7, al. 1 « Frais administratifs ».

Concernant le deuxième projet traitant l'abrogation de la loi fédérale sur l'octroi de cautionnements et de contributions au service de l'intérêt dans les régions de montagne et le milieu rural en général, la centrale suisse de cautionnement (CSC) ayant été dissoute ensuite de la décision prise lors de l'AG du 10 mai 2016, l'abrogation de cette loi est cohérente. Ce, d'autant plus que la poursuite des affaires courantes est garantie par un régime transitoire.

En vous réitérant nos remerciements pour nous avoir consulté sur ce dossier, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 26 juin 2017



Au nom du Conseil d'État :

*Le président,*  
L. FAVRE

*La chancelière,*  
S. DESPLAND

A handwritten signature in dark ink, appearing to be "L. Favre".

A handwritten signature in dark ink, appearing to be "S. Despland".



Genève, le 28 juin 2017

**Le Conseil d'Etat**

3150-2017

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche (DEFR)  
Monsieur Johann N. Schneider-Ammann  
Conseiller fédéral  
Secrétariat général  
Schwannengasse 2  
3003 Berne

SECO <i>grd</i>	
29. Juni 2017	
vorregistriert OAGSdm	

**Concerne :** Consultation concernant la révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises et abrogation de la loi fédérale sur l'octroi de cautionnements et de contributions au service de l'intérêt dans les régions de montagne et le milieu rural en général

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à la consultation citée sous rubrique, qui a retenu notre meilleure attention, et vous informons que nous saluons globalement le projet qui nous est soumis. Ceci d'autant plus que, depuis plusieurs années, nous appelions de nos vœux le relèvement du plafond de cautionnement à 1 million de francs.

Nous saisissons l'occasion de vous faire part d'une proposition concernant le titre de la loi dans sa version en allemand et proposons une modification concernant la contribution de la Confédération aux frais administratifs des organisations de cautionnement.

Par ailleurs, nous sommes favorables à l'abrogation de la loi fédérale sur l'octroi de cautionnements et de contributions au service de l'intérêt dans les régions de montagne et le milieu rural en général.

Notre prise de position plus détaillée figure en annexe.

En vous remerciant de nous avoir consultés et vous souhaitant bonne réception de la présente ainsi que de son annexe, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre très haute considération.

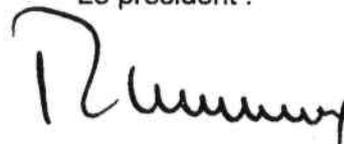
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Anja Wyden Guelpa

Le président :



François Longchamp

Annexe mentionnée

Copie à : M. Samuel Turcati  
Secrétariat d'Etat à l'économie (SECO)  
Direction de la promotion économique  
Secteur Politique PME  
Holzikofenweg 36  
3003 Berne

## ANNEXE

### **Prise de position détaillée relative au projet de révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises**

#### **Titre de la loi**

Le titre de la loi en allemand est «Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen», en français «Loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises». Le terme «gewerbeorientiert» ne correspond plus à la réalité et devrait être effacé (comme c'est le cas en français).

Par ailleurs, la formulation en français pourrait être allégée et le terme «petites et moyennes entreprises» pourrait être remplacé par «PME».

Dès lors, nous proposons la formulation suivante du titre de la loi en allemand et en français correspondant à la version française abrégée :

«Bundesgesetz über die Finanzhilfen an Bürgschaftsorganisationen zu Gunsten der KMU»  
«Loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des PME»

#### **Article 7 alinéa 1 (Frais administratifs)**

Nous proposons de remplacer cet alinéa par la rédaction suivante : «La Confédération participe au financement des frais administratifs des organisations lorsque ces frais découlent de l'octroi de cautionnements.»

En effet, les frais administratifs sont destinés à abaisser la prime de risque en faveur des bénéficiaires de cautionnements. La formulation que vous proposez, ainsi que l'ajout «en complément des cantons», apportent des incertitudes à un instrument fédéral qui n'ont pas lieu d'être.

14. JUNI 2017

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
M. Johann N. Schneider-Ammann  
Palais fédéral Est  
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement  
2, rue de l'Hôpital  
CH-2800 Delémont  
t +41 32 420 51 11  
f +41 32 420 72 01  
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 6 juin 2017

**Révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises et abrogation de la loi fédérale sur l'octroi de cautionnements et de contributions au service de l'intérêt dans les régions de montagne et le milieu rural en général : procédure de consultation**

Monsieur le conseiller fédéral,

En réponse à votre courrier du 5 avril 2017, le Gouvernement de la République et Canton du Jura a l'avantage de vous faire parvenir sa prise de position dans le cadre de la procédure de consultation citée en marge.

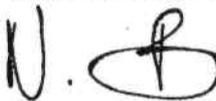
Le Gouvernement jurassien est favorable à la révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises. Compte tenu des défis que doivent relever les PME, il approuve en particulier le relèvement de la limite de cautionnement de 500'000 francs à 1 million de francs. Cette nouvelle limite sera précieuse notamment pour financer les successions et reprises d'entreprises nombreuses sur la place économique suisse ainsi que les projets d'innovation issus des différents parcs suisses de l'innovation. Dans la mesure où l'outil de cautionnement fédéral offre un accès facilité et à moindres frais aux crédits bancaires, il constitue une mesure de soutien indiquée pour les PME dont les marges se sont fortement érodées depuis la crise du franc fort. Nous souhaitons en conséquence une mise en vigueur la plus rapide possible de cette révision partielle de la loi, étant donné la situation encore difficile que traversent bon nombre de PME.

Le Gouvernement jurassien est également favorable à l'abrogation de la loi fédérale sur l'octroi de cautionnements et de contributions au service de l'intérêt dans les régions de montagne et le milieu rural en général. La nouvelle politique régionale de la Confédération remplace avantageusement cet instrument destiné aux entreprises individuelles situées dans les régions de montagne.

SECO	
14. Juni 2017	
vorregistriert OAGSdm	

En vous réitérant nos remerciements pour nous avoir associés à la procédure, nous vous présentons, Monsieur le conseiller fédéral, nos salutations les plus respectueuses.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

  
Natha  
Présider



  
Jean-Christophe Kübler  
Chancelier d'État

Monsieur le Conseiller fédéral  
Johann N. Schneider Ammann  
DEFR  
Palais fédéral Est  
3003 Berne

Fribourg, le 30 juin 2017

**Procédure de consultation relative à la Révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Pour donner suite à la procédure de consultation relative à la loi citée en objet, la Conférence des Chefs de Département de l'Economie publique de Suisse occidentale (CDEP-SO), vous transmet ci-après sa position sur le projet transmis.

La CDEP-SO accueille favorablement la révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises. Compte tenu d'une situation économique toujours difficile et des défis que doivent relever les PME, il faut se féliciter en particulier du relèvement du plafond d'intervention des organisations de cautionnement. La CDEP-SO avait du reste déjà soutenu ce relèvement durant la phase parlementaire.

Concernant notre avis sur le détail de la loi, il est le suivant:

**Titre**

Le titre de la loi en allemand est "Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen" et en français: "Loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises". Le terme «gewerbeorientiert» ne correspond plus à la réalité et devrait soit être supprimé (comme c'est le cas en français), permettant ainsi d'alléger la nomenclature, soit être remplacé par "KMU".

Proposition:

"Bundesgesetz über die Finanzhilfen an Bürgschaftsorganisationen zu Gunsten der KMU"

**Article 2 Principes du soutien, alinéa d**

La modification reflète mieux la situation actuelle. Le cautionnement est une garantie accessoire à une créance principale, elle-même devant être octroyée par un établissement bancaire établi en Suisse.

**Article 6 Limite de cautionnement et contribution de la Confédération à la couverture des pertes**

La CDEP-SO salue le relèvement de la limite à 1 million de francs, conformément à la position qu'elle a soutenue durant la phase parlementaire. Le relèvement de plafond proposé peut se révéler utile pour financer des transmissions ou des successions de PME. C'est également vrai pour les investissements d'entreprises permettant le maintien ou la création d'emplois. Étant donné les réalités conjoncturelles, la CDEP-SO s'en félicite, ce d'autant que le relèvement du plafond n'entraîne aucun risque sérieux pour la Confédération.



**Article 7 Frais administratifs, alinéa 1**

Les "frais administratifs" sont destinés à abaisser la prime de risque en faveur des bénéficiaires de cautionnements. La formulation que vous proposez ainsi que l'ajout "en complément des cantons", apportent des incertitudes au sujet d'un instrument fédéral qui n'ont pas lieu d'être.

Proposition:

La Confédération participe au financement des frais administratifs des organisations lorsque ces frais découlent de l'octroi de cautionnements.

En vous remerciant de l'attention portée à ce courrier et aux propositions de la CDEP-SO, nous vous prions d'être assuré, Monsieur le Conseiller fédéral, de notre parfaite considération.

Pierre Maudet  
Président de la CDEP-SO

Sylvie Fasel Berger  
Secrétaire générale de la CDEP-SO

Herr Bundesrat  
Johann N. Schneider Ammann  
Vorsteher des Eidg. Departements für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern  
Schweiz

Bern, 22. Juni 2017

**Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektorinnen und Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) ist als die für volkswirtschaftliche Belange verantwortliche Fachdirektorenkonferenz zuständig für das Dossier und erlaubt sich aus diesem Grunde, im Rahmen der laufenden Vernehmlassung Stellung zu nehmen.

Die VDK unterstützt die vorgesehene Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen. Mit Blick auf die angespannte wirtschaftliche Situation, welche besonders auch für KMU grosse Herausforderungen mit sich bringt, ist insbesondere die Erhöhung der Interventionsgrenze von Bürgschaftsorganisationen zu begrüssen. Verschiedene Kantone, u.a. auch die Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (CDEP-SO), haben sich bereits im Rahmen der parlamentarischen Phase für eine solche Erhöhung eingesetzt.

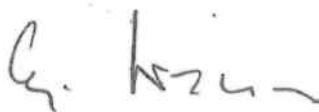
Die vorgeschlagene Anhebung der Obergrenze kann bei der Finanzierung von Übertragungen oder Nachfolgen hilfreich sein. Dasselbe gilt auch für Investitionen von Unternehmen, die es erlauben, Arbeitsplätze in den Regionen zu halten oder neue zu schaffen. Angesichts der herausfordernden konjunkturellen Gegebenheiten wäre diese erwartete Bewahrung aber auch Schaffung von Arbeitsplätzen sehr zu begrüssen. Ausserdem würden die Unternehmen, welche eine Bürgschaft in Anspruch nehmen, dem Bund über die direkten Bundessteuern zusätzliche Einnahmen bescheren. Umgekehrt ist die geplante Erhöhung der Obergrenze für den Bund mit keinen wesentlichen Risiken verbunden.

Auch die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (BGB) wird von der VDK unterstützt. Mit der Neuen Regionalpolitik des Bundes wurde die alte Berggebietenförderung abgelöst. Dieser Paradigmenwechsel weg von einzelbetrieblicher Förderung wird mit der Aufhebung des BGB konsequent zu Ende geführt, eine Doppelspurigkeit im staatlich geförderten Bürgschaftswesen beseitigt.

Wir bedanken uns bei Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, für die Entgegennahme unserer Argumente und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme in den weiteren Arbeiten.

mit hochachtungsvollen Grüssen

  
Christoph Brutschin  
Regierungsrat / Präsident

  
Christoph Niederberger  
Generalsekretär

[CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern](#)

Per E-Mail: [samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)

Bern, 12. Juli 2017

**Vernehmlassung: Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und der Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

**Allgemeine Bemerkungen**

Die CVP unterstützt die vorliegende Gesetzesänderung zu den gewerbeorientierten Bürgschaftsorganisationen und die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum.

Die Erhöhung der Bürgschaftslimite auf eine Million Franken wurde vom Parlament mit grosser Mehrheit gewünscht und erlaubt vor allem die Finanzierung von Übertragungen oder Nachfolgen von KMU zu unterstützen. Zudem ist das Instrument der KMU-Bürgschaften ein wichtiges regionalpolitisches Instrument, um Arbeitsplätze in den jeweiligen Regionen zu halten.

Die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet ist auf Grund der rückläufigen Nachfragen und der Liquidation des Vollzugsorgans GBZ nachvollziehbar. Gleichzeitig insistiert die CVP jedoch, dass die Regionalpolitik des Bundes vermehrt auch wieder die strukturschwachen Regionen miteinbezieht.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister  
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli  
Generalsekretärin CVP Schweiz

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

Bern, 26. Juni 2017 / AG  
VL Bürgschaften KMU

Elektronischer Versand: [samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)

**Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisa-  
tionen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskos-  
tenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum**

**Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

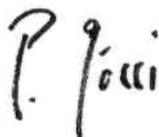
FDP.Die Liberalen stimmt der Vorlage zu. Bereits im Rat haben wir uns für die zugrundeliegende Motion Comte [15.3792](#) ausgesprochen. Bürgschaften stellen ein taugliches Mittel dar, um KMU subsidiär zu Bankkrediten bei Investitionen zu unterstützen. Doppelspurigkeiten im Bereich der Bürgschaften müssen vermieden werden, daher stimmen wir auch der Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum zu.

Mit der Erhöhung der Bürgschaftslimite stärken wir KMU und deren Arbeitsplätze am Standort Schweiz. Der starke Innovationswettbewerb und die teilweise gestiegenen Preise bringen es mit sich, dass die Investitionen für eine KMU ein grösseres Volumen annehmen können. Es ist daher wichtig, dass auch Bürgschaften bis 1 Million Franken gesprochen werden können. Die Kapitalisierung der anerkannten Bürgschaftsorganisationen muss dabei solide bleiben und die Sicherheit durch Eigenmittel gegeben bleiben. Das Ausfallrisiko muss weiterhin durch Überwachung und Evaluation des Gesetzes so gering wie möglich gehalten werden. Die Gesamtkosten müssen sich im vom Bund verabschiedeten Budgetrahmen bewegen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse  
FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gössi  
Nationalrätin



Samuel Lanz



T +41 31 3266604  
E urs.scheuss@gruene.ch

Staatssekretariat für  
Wirtschaft (SECO)  
3003 Bern

7. Juli 2017

**Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der Vernehmlassung der im Titel genannten Vorlagen haben Sie die Grüne Partei der Schweiz zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zu den beiden Geschäften zu äussern.

Die Grünen unterstützen die vorgelegten Änderungen im Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen. Sie unterstützen ausserdem die ebenfalls vorgelegte Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Regula Rytz  
Präsidentin

Urs Scheuss  
stv. Generalsekretär



Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

[samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)

Bern, 12. Juli 2017

**Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen sowie Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

**Die SP Schweiz befürwortet die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und dabei insbesondere die Erhöhung der Bürgschaftslimite von heute 500'000 Franken auf 1 Million Franken.** Eingehende Diskussionen auch mit KMU-Vertreterinnen und -Vertretern zeigen, dass die Bankkonditionen für viele KMU immer härter werden. Die Bundesbürgschaften sind daher für viele KMU ein adäquates Mittel. Die KMU bilden das wirtschaftliche Rückgrat der Schweiz. Sie sind vor allem nach der Aufhebung der Untergrenze des Schweizer Franken zum Euro durch die Nationalbank vom 15. Januar 2015 zusätzlichen unter Druck geraten durch den überhöhten Schweizerfranken. Deshalb sind Massnahmen, die die KMU stärken, zu begrüßen. Diese Bundesbürgschaften sind ein adäquates Mittel. Sie sind unkompliziert, unbürokratisch und haben sich in den vergangenen Jahren als zielführend erwiesen. Eine Erhöhung der Bürgschaftslimite, wie sie die Teilrevision vorschlägt, macht deshalb Sinn. Die Bürgschaften können als wichtiges Instrument zur Dämpfung von Marktineffizienzen angesehen werden.

Auch der Bundesrat betont diesen Aspekt: *„Das Bürgschaftswesen unterstützt die KMU, indem es ihnen ermöglicht, Bankkredite zu erhalten, welche ihnen andernfalls nicht gewährt würden. Damit unterstützt das*

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Spitalgasse 34  
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70  
[info@spschweiz.ch](mailto:info@spschweiz.ch)  
[www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)

*Bürgerschaftswesen die Gründung, Nachfolgeregelung und die Vergrößerung von KMU. Die vorgeschlagene Erhöhung der Bürgschaftslimite kann insbesondere bei der Finanzierung von Übertragungen oder Nachfolgen hilfreich sein. Dasselbe gilt auch für Investitionen von Unternehmen, die es erlauben, Arbeitsplätze in den Regionen zu halten oder neue zu schaffen.“ Der Bundesrat betont dabei vor allem diesen regionalpolitischen Aspekt: „Es ist davon auszugehen, dass langfristig die entsprechenden Arbeitsplätze ohne die Existenz der mit Bürgschaften unterstützten Firmen trotzdem existieren würden, allerdings nicht notwendigerweise in KMU und wohl auch nicht in den entsprechenden Regionen.“ Oder noch deutlicher: „Das Bürgerschaftswesen stellt primär ein gewerbepolitisches Förderinstrument mit einer starken Verankerung im ländlichen Raum dar. Ende 2011 boten die mit Bürgschaften unterstützten Firmen insgesamt 22'179 Arbeitsplätze an. Zum gleichen Zeitpunkt wurden 1774 Lernende beschäftigt. Das gewerbeorientierte Bürgerschaftswesen leistet somit auch einen Beitrag zur Berufsbildung. Die Konkursquote der Firmen mit Bürgschaften liegt nur wenig über der Konkursquote aller KMU der entsprechenden Grösse.“*

Die Ausfallrisiken durch die Erhöhung der Bürgschaftslimiten sind für den Bund tatsächlich überschaubar. Schätzungen des SECO gehen von mittelfristig zusätzlichen Aufwendungen für Bürgschaftsverluste von lediglich zwischen 2 und 3 Millionen Franken pro Jahr aus.

**Auch mit der zweiten Vorlage**, der Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (BGB), **erklärt sich die SP Schweiz einverstanden**. Mit der Einführung der Neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP) hat das BGB seine Bedeutung als regionalpolitisches Instrument weitgehend verloren.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz



Christian Levrat  
Präsident



Luciano Ferrari  
Leiter Politische Abteilung

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)  
Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB)  
Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)  
Gruppa svizra per las regiuns da muntogna (SAB)

3001 Bern / Seilerstrasse 4 / Postfach / Tel. 031/382 10 10 / Fax 031/382 10 16  
www.sab.ch info@sab.ch Postkonto 50-6480-3



Bern, 6. Juli 2017  
TE / H301

Herr Bundesrat  
Johann Schneider-Ammann  
Vorsteher des WBF

3003 Bern

SECO	
13. Juli 2017	
vorregistriert OAGSdm	rqs

*(avec un résumé en français à la fin du document)*

## **Stellungnahme der SAB zur Teilrevision des gewerbeorientierten Bürgerschaftswesens und zur Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung über randvermerktetes Geschäft. Die SAB vertritt die Interessen der Berggebiete in den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen. Mitglieder der SAB sind 22 Kantone, rund 600 Gemeinden sowie zahlreiche Organisationen und Einzelmitglieder.

Die SAB bedauert die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum. Mit der Aufhebung dieses Gesetzes wird einmal mehr eine gezielte Massnahme für die Berggebiete aufgehoben. Zudem handelte es sich um eine Massnahme, welche im Gegensatz zur Neuen Regionalpolitik des Bundes direkt auf der einzelbetrieblichen Ebene ansetzt. Die SAB kann auf Grund der stark rückläufigen Zahl der Gesuche nachvollziehen, dass der Bund eine Aufhebung des Gesetzes vorschlägt. Zur stark rückläufigen Zahl der Gesuche hat dabei sicher auch die Ausdehnung des früheren IHG-Perimeters auf den ländlichen Raum und damit die zunehmende Überlappung zwischen den beiden Bürgschaftsinstrumenten beigetragen.

Die SAB kann im Fazit die Aufhebung des Instrumentes nachvollziehen. Aus unserer Sicht besteht aber auf der anderen Seite dringender Handlungsbedarf bei der Regionalpolitik des Bundes. Die Regionalpolitik darf sich nicht nur auf die regionalen Zentren und überbetriebliche Kooperationen beschränken, sondern muss vermehrt wieder direkt zu Gunsten strukturschwacher Regionen und einzelner Betriebe wirken können.

Wir können somit zwar der Aufhebung zustimmen, werden aber im Gegenzug Korrekturen beim Bundesgesetz über die Regionalpolitik und weiteren für die Berggebiete wichtigen Instrumente vorschlagen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

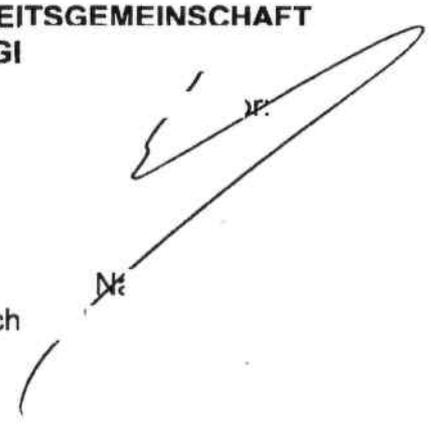
mit freundlichen Grüßen

**SCHWEIZERISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT  
FÜR DIE BERGGI**

Die Präsidentin:



Nationalrätin  
Christine Bulliard-Marbach



**Résumé**

Le SAB regrette la proposition visant à abroger la loi fédérale sur l'octroi de cautionnements et de contributions au service de l'intérêt dans les régions de montagne et le milieu rural en général. Toutefois, notre organisation la comprend, étant donné que le nombre des demandes de cautionnement, liées à cette disposition législative, a fortement diminué. Dans le cadre de ce dossier, le SAB est d'avis que la politique régionale doit mettre en place des mesures supplémentaires en faveur des espaces à faible potentiel économique.

Herr Johann N. Schneider-Ammann  
Bundesrat  
Eidg. Dep. für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung WBF  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

[samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)

28. Juni 2017

**Vernehmlassung Teilrevision des BG über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte  
Bürgschaftsorganisationen u. Aufhebung des BG über die Gewährung von Bürgschaften und  
Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum: Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Schneider-Ammann

Mit Schreiben vom 5. April 2017 haben Sie uns im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens  
eingeladen, uns zu den im Betreff erwähnten Punkten zu äussern. Wir danken Ihnen für diese  
Möglichkeit und nehmen dazu gerne Stellung.

---

**economiesuisse lehnt die Erhöhung der Bürgschaftslimite auf 1 Mio. CHF (Art. 6) ab.**

**economiesuisse unterstützt die übrigen Anpassungen.**

---

**1 Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte  
Bürgschaftsorganisationen**

**1.1 Erhöhung der Bürgschaftslimite auf 1 Mio. CHF infolge der Motion Comte (Art.6)**

economiesuisse lehnt die Erhöhung der Bürgschaftslimite auf 1 Mio. CHF aus folgenden vier Gründen  
ab.

Der Kreditmarkt in der Schweiz funktioniert gut. Dies zeigen Studien des SECO und der Arbeitsgruppe  
«Kreditmarkt KMU» des Bundes. Auch mit der noch immer anhaltenden Frankenstärke hat sich das  
aktuelle System bewährt. Da der Kreditmarkt somit auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten  
insgesamt sehr gut funktioniert, muss die staatliche Hand grundsätzlich nicht stärker eingreifen.

Zweitens entstünden für den Bund hohe Mehrkosten im Umfang von mehreren Millionen Franken pro Jahr. In Zeiten, in denen der Bund sein Ausgabenwachstum eindämmen sollte, sind nicht notwendige Kostensteigerungen fehl am Platz.

Drittens wäre eine Erhöhung auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive schädlich. Erhält ein KMU keinen Kredit, so ist dies noch kein Marktversagen. Im Gegenteil: Es ist die Aufgabe des Marktes, die Kreditzuteilung zu übernehmen. Keinen Kredit zu vergeben, ist ein rationaler Entscheid eines Kreditgebers, wenn das Projekt nicht überzeugt. Wenn nun jedoch der Bund via Bürgschaftsgenossenschaft vermehrt solche Kreditbegehren unterstützt, so führt dies zwingend zu einer ineffizienteren Allokation knapper Ressourcen und damit zu einem Wohlstandsverlust. Deshalb würde eine Erhöhung der Bürgschaftslimite keine Marktineffizienzen beheben, sondern durch eine ineffizientere Vergabe von Krediten ein Staatsversagen herbeiführen: Statt der Markt versagt der Staat.

Viertens sind die Bürgschaftsgenossenschaften nicht auf Geschäfte bis zu einer Million Franken ausgerichtet. Zum einen ist die Risikofähigkeit der drei Bürgschaftsgenossenschaften hinsichtlich deren Eigenkapitalausstattung nicht gegeben. Entsprechend sind Kostenfolgen für den Bund zu erwarten, wenn er einen Teil der Erhöhung des Eigenkapitals übernimmt. Zum anderen sind die notwendigen Strukturen, um die grösseren Geschäfte professionell prüfen und betreuen zu können, nicht gegeben. Deshalb ist eine höhere Verlustquote zu erwarten, was wiederum mit Kosten für den Bund verbunden ist, der 65% des Verlustes trägt.

#### 1.2 Anpassung des Subsidiaritätsprinzips (Art. 2)

economiesuisse unterstützt die Anpassung und folgt der Argumentation des Bundesrates.

#### 1.3 Kürzung des Verwaltungskostenbeitrages des Bundes bei Verteilung des Reinertrages unter die Genossenschafter (Art. 7)

economiesuisse unterstützt die Anpassung und folgt der Argumentation des Bundesrates.

### **2 Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum**

economiesuisse unterstützt die Aufhebung des BGB und folgt der Argumentation des Bundesrates.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen bei Fragen selbstverständlich gerne zur Verfügung

Freundliche Grüsse  
economiesuisse



Prof. Dr. Rudolf Minsch  
Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung /  
Chefökonom



Patrick Eugster  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Direktion für Standortförderung, KMU-Politik  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern  
Samuel.turcati@seco.admin.ch

Bern, 26. Juni 2017 sgv-Sc

**Vernehmlassungsantwort**

**Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 250 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Der sgv nimmt wie folgt Stellung:

- Der Titel im «Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen» führt eine alte Diktion fort. Das Gesetz selber kommt vom Begriff des «Gewerblichen» weg und wendet sich an KMU. Diese Präzisierung sollte im Titel wiedergegeben werden, zum Beispiel mit «Bundesgesetz über die Finanzhilfen Bürgschaftsorganisationen für KMU».
- Mit den übrigen Änderungen dieses Gesetzes ist der sgv einverstanden.
- Der sgv ist mit der Aufhebung des «Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum» einverstanden.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gewerbeverband sgv**



Hans-Ulrich Bigler  
Direktor, Nationalrat



Henrique Schneider  
Stellvertretender Direktor

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

[samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)

Bern, 10. Juli 2017  
*n'existe qu'en allemand*

**Vernehmlassungsantwort zu den Änderungen im Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und der Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (BGB)**

Sehr geehrte Herr Bundesrat,  
Geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu den im Titel der Vernehmlassungsantwort erwähnten Änderungen Stellung nehmen zu können.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat gegen die angestrebten Änderungen im Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen keine Einwände. Die Aufhebung des BGB erachtet der SGB ebenfalls als pragmatische Antwort auf die Entwicklungen im Bürgschaftswesen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND**



Paul Rechsteiner  
Präsident



Daniel Lampart  
Leiter SGB-Sekretariat  
und Chefökonom

30. Juni 2017 ce/mb

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Direktion für Standortförderung  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

## **Vernehmlassung des Bundes zum Bürgschaftswesen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 5. April 2017 ein Vernehmlassungsverfahren zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen eröffnet (Medienmitteilung vom 5. April 2017). Die Vernehmlassung dauert bis am 12. Juli 2017.

Jede Person und jede Organisation kann sich an einem Vernehmlassungsverfahren beteiligen, auch wenn sie nicht besonders eingeladen wurde (vgl. Art. 4 des Bundesgesetzes über das Vernehmlassungsverfahren, Vernehmlassungsgesetz, VIG vom 18. März 2005). Der Gewerbeverband Berner KMU ist mit 21'500 Mitgliedern der grösste Wirtschaftsverband des Kantons Bern. Viele seiner Mitglieder sind sehr an einem gut funktionierenden Bürgschaftswesen interessiert. Durch die Sicherstellung von risikobehaftetem Kapital fördert und unterstützt die im Kanton Bern domizilierte BG Mitte KMU-Betriebe, namentlich in ihrem Aufbau nach der Gründung und nach Betriebsübernahmen. Diese Leistungen sind von volkswirtschaftlicher Bedeutung. Der Leitende Ausschuss des Gewerbeverbands Berner KMU hat deshalb entschieden, sich an diesem Vernehmlassungsverfahren ebenfalls zu beteiligen und hat am 19. Juni 2017 die nachfolgende Stellungnahme beschlossen, die wir Ihnen fristgerecht zustellen.

### **Gegenstand der Vernehmlassung**

Die 2016 vom Parlament angenommene Motion Comte (15.3792) «Erhöhung der Interventionsgrenze von Bürgschaftsorganisationen zugunsten der KMU» verlangt eine Revision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen. Sie verlangt eine Anpassung der Regelung bezüglich der Bürgschaftslimite. Die Gesetzesrevision wird zum Anlass genommen, um weitere Anpassungen vorzunehmen. Die Teilrevision des Bundesgesetzes über Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen (SR 951.25) beinhaltet schwergewichtig folgende drei Punkte:

- Erhöhung der Bürgschaftslimite von CHF 500'000.00 auf eine Million Franken
- Ausrichtung des Subsidiaritätsprinzips auf den Kreditmarkt
- Kürzung des Verwaltungskostenbeitrags des Bundes bei Verteilung des Reinertrages unter die Genossenschafter

Aufgrund ihrer inhaltlichen Berührungspunkte sowie aus Effizienzgründen wird neben der Teilrevision in der gleichen Botschaft die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (SR 901.2)

vorgeschlagen. Dies ist ein regionalpolitisches Instrument aus den 1970er Jahren zur Förderung des Gewerbes im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum, welches seit der Einführung der Neuen Regionalpolitik des Bundes 2008 als regionalpolitisches Instrument keine nennenswerte Bedeutung mehr hat.

Infolge der selber beschlossenen Liquidation des Vollzugsorgans «Zentralstelle für das gewerbliche Bürgschaftswesen der Schweiz» (GBZ) und des starken Rückgangs des Bürgschaftsvolumens, soll das Instrument abgeschafft werden. Die laufenden Bürgschaftsgeschäfte und Zinskostenbeitrags-geschäfte werden bis zu deren ordentlichen Abschluss weitergeführt.

### **Stellungnahme**

Wir unterstützen die drei hauptsächlichen Änderungen (Erhöhung der Bürgschaftslimite auf CHF 1 Mio., Subsidiaritätsprinzip, Verwaltungskosten).

Auch den übrigen Änderungen, namentlich der Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewäh-rung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (SR 901.2), können wir zustimmen.

Die in Ihrem Erläuterungsbericht (Ziff. 3.1.3) dargelegten Gründe für die Erhöhung der Obergrenze von CHF 500'000.00 auf CHF 1 Mio. sind stichhaltig. Es ist tatsächlich so, dass es zunehmend schwieriger wird, Bankkredite zu erhalten. Das Bürgschaftswesen kann hier für kleine und mittlere Unternehmen eine Hilfe sein.

Zentral aus unserer Sicht ist die Erhöhung der Bürgschaftslimite auf CHF 1 Mio. Sie liegt im Inte-resse der Schweizer KMU und wird vollumfänglich unterstützt. Wir erachten es als angezeigt, diese Änderung so schnell als möglich in Kraft zu setzen. Angesichts der Einfachheit dieses Schrittes sollte dies spätestens per 1. Januar 2019 machbar sein.

Der Bund hat mit vier von ihm selbst in Auftrag gegebenen Studien klar belegt, dass das Bürg-schaftswesen funktioniert und grosse volkswirtschaftliche Mehrwerte generiert. Dank diesen Bürg-schaften werden in der Schweiz 22'000 Arbeitsplätze gesichert und 2,5 Milliarden Bruttowertschöp-fung generiert. Der Bund verdient netto 20 Millionen pro Jahr am Bürgschaftswesen.

In der Europäischen Union können seit Jahren Kredite in der Höhe von 1 Million Euro oder mehr verbürgt werden. Die Schweiz sollte deshalb nachziehen und damit den Werkplatz Schweiz stärken.

Wir bitten Sie, die Vorlage im Sinne unserer Ausführungen rasch weiter zu verfolgen.

Freundliche Grüsse

**Berner KMU**

  
Toni Lenz  
Präsident

  
Christoph Erb  
Direktor

per E-Mail an  
[samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)

### **Kopie per E-Mail zur Orientierung an**

- Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern
- Schweizerischer Gewerbeverband sgv
- die Mitglieder des Leitenden Ausschusses
- die Mitglieder der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft des Grossen Rates



Secrétariat général

[samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)

Monsieur le Conseiller fédéral  
Johann Schneider-Ammann  
Chef du Département fédéral  
de l'économie, de la formation et de la  
recherche / DEFR  
Bundesgasse 3  
3003 Berne

Genève, le 12 juillet 2017  
FER No 19-2017

**Révision partielle de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises et abrogation de la Loi fédérale sur l'octroi de cautionnements et de contributions au service de l'intérêt dans les régions de montagne et le milieu rural en général**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons pris connaissance des documents relatifs à la consultation citée sous rubrique et notre Fédération romande prend position sur ce sujet comme suit :

**1. Considérations générales**

La motion n°15.3792 (Comte) relative à l'augmentation du plafond d'intervention des organisations de cautionnement en faveur des PME de CHF 500'000 à CHF 1 million a été acceptée par le Conseil des Etats le 16 septembre 2015, par la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national le 9 janvier 2016 puis par la quasi-unanimité du Conseil national le 17 mars 2016. Il s'agit aujourd'hui d'effectuer au plus vite les modifications correspondantes dans la Loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des PME du 6 octobre 2006.

Les difficultés de financement des PME sont avérées et notre Fédération romande est favorable, de ce fait, à toute mesure permettant d'améliorer leur accès au crédit bancaire.

Cela est particulièrement vrai en cas de transmission de l'entreprise, nécessitant des fonds que les acquéreurs potentiels ont souvent beaucoup de peine à réunir.

Le cautionnement est un outil ayant fait ses preuves. L'augmentation proposée s'inscrit donc dans le prolongement d'un système actuel bien rodé, tout en élargissant les possibilités d'intervention.

Par conséquent, nous soutenons l'augmentation du plafond d'intervention des organisations de cautionnement en faveur des PME à CHF 1 million (art. 6).

L'introduction du principe de subsidiarité dans la loi (art. 2) nous apparaît également comme un élément favorable et nous soutenons également cette mesure.

Dans le même esprit, nous acceptons également l'abrogation de la Loi fédérale sur l'octroi de cautionnement et de contribution au service de l'intérêt de dans les régions de montagne et le milieu rural en général, conséquence de la dissolution de la Centrale suisse de cautionnement dans les arts et métiers (CSC).

Toutefois, nous formulons une réserve concernant l'art. 7 relatif à la réduction de la contribution de la Confédération aux frais administratifs puisque la prise en charge de ces frais permet d'abaisser la prime de risque payée par les bénéficiaires de cautionnements.

Par ailleurs, la formulation que vous proposez et l'ajout « *en complément des cantons* » apportent une incertitude quant au financement d'un instrument avant tout fédéral.

## 2. Conclusion

Nous considérons que la solution proposée par le projet mis en consultation est adéquate et cela nous conduit à accepter la révision partielle de la loi, en particulier les deux points suivants :

- Le relèvement du plafond de cautionnement à CHF 1 million à la suite de la motion 15.3792 Comte (art. 6) ;
- L'adoption du principe de subsidiarité (art. 2) ;
- En revanche, nous refusons la réduction de la contribution de la Confédération aux frais administratifs dans le cadre de la répartition de l'excédent aux sociétaires (art. 7), pour les raisons exposées ci-dessus.

Nous vous remercions de l'attention que vous prêterez à notre prise de position et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.



Blaise Matthey  
Secrétaire général



Olivier Grometto  
Directeur à la FER Genève

**Swissmechanic Schweiz**  
Felsenstrasse 6  
8570 Weinfelden  
Telefon +41 71 626 28 00  
Telefax +41 71 626 28 09  
www.swissmechanic.ch



Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
KMU-Politik DSKU  
Herr Turcati  
(Bürgschaftswesen)  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

Weinfelden, 28. Juni 2017

**Stellungnahme zur laufenden Vernehmlassung der Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen**

Sehr geehrter Herr Turcati

Als Verband der KMU MEM, Swissmechanic, möchten wir zu obiger Vernehmlassung wie folgt Stellung beziehen:

1. Die KMU der MEM haben einen erhöhten Finanzierungsbedarf. Auslöser sind u.a. Frankenstärke, starker Wettbewerb aus dem Ausland, Exportdefizite, Abbau von Reserven und damit Investitionslücken, gepaart mit den Herausforderungen der Industrie 4.0.
2. Die Industrie KMU haben laut validen Umfragen zwei Drittel der Massnahmen in Richtung Kostenersparnis, Rationalisierung, Optimierung, Digitalisierung und Industrie 4.0 unternommen, welche mit unzureichendem Kapital möglich waren.
3. Die Investitionen sind seit 2015 rückläufig: Maschinen laufen weit über ihre Nutzungsdauer hinaus, Reinvestitionen unterbleiben, von nötiger Robotik, Digitalisierung und anderen Aufrüstungen ganz zu schweigen. Es fehlt den KMU an Kapital für Innovation.
4. Das nötige Kapital für (Re)Investitionen vergeben die Geschäftsbanken jedoch zu wenig oder zu teuer. Die Nationalbank-Statistik zeigt, dass das Kreditvolumen der Banken an KMU nur noch im Hypothekarbereich wächst und damit die übrigen Kredite der Geschäftsbanken deutlich abnehmen. KMU bekommen 22% weniger Kredite und Mikrounternehmen sogar 32% weniger als noch 2013 (Zahlen SNB). Viele Banken gewähren nur noch Überziehungslimite zu sehr hohen Zinsen. Auch die Credit Suisse berichtet „[die] Leitzinssenkung in den negativen Bereich hat sich nicht stimulierend auf die Kreditvergabe an Unternehmen ausgewirkt“.

Insofern begrüsst Swissmechanic die Erhöhung der Bürgschaftslimite von 500 000 CHF auf 1 Mio CHF, insbesondere, da Investitionen in Maschinen sehr kapitalintensiv sind und oftmals in diesem Grössenbereich liegen.

Jedoch möchte Swissmechanic noch bitten, folgenden Sachverhalt zu berücksichtigen:

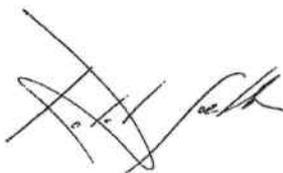
5. Die Bürgschaftsgenossenschaften der Schweiz dürfen gemäss Artikel 3 des Bundesgesetzes nur Finanzhilfen gewähren im Rahmen der Aufnahme von Darlehen von Banken nach dem Bankengesetz. Damit wird die Gewährung von Darlehen und Krediten an KMU auf die Banken beschränkt, die sich mehr und mehr aus diesem Geschäft zurückziehen, wie oben beschrieben.

6. Genau hier entsteht eine Hürde, welche den Nutzen von Bürgschaften verhindert: Eine Bürgschaft bedeutet noch lange nicht, dass die KMU einen Kredit zu günstigen Konditionen bekommen.
7. Wir unterstützen die Absicht des Bundesrates, die Bürgschaftslimite von bisher CHF 500'000 neu auf eine Million CHF zu erhöhen (Artikel 6). Gleichzeitig sollte aber in Artikel 3 der Kreis der Kredit- und Darlehensgeber, der bisher nur auf Banken beschränkt ist, geöffnet werden auch für Lending Plattformen, die solche Kredite an KMU direkt durch private und institutionelle Investoren finanzieren lassen.
8. Eine Fintech Liberalisierung, beispielsweise Crowd Funding für KMU, oder die Zulassung von Lending Plattformen im Rahmen der Fintech Lizenzierung, würde dieses Problem lösen und den KMU das dringend benötigte Kapital verschaffen. Dieser Entscheid sollte zeitnah zu den Bürgschaften behandelt werden.
9. Die Bürgschaftsgenossenschaften würden bei einer Ausdehnung des Artikels 3 ihre Funktion gegenüber den Kreditsuchenden wie bisher unverändert ausüben. Sie könnten ihre Bürgschaften nicht nur zugunsten von Banken ausstellen, sondern neu auch zugunsten der erwähnten Lending Plattformen. Diese Liberalisierung würde den freien Kapitalfluss erheblich erleichtern und damit den KMU entschieden helfen und gleichzeitig den freien Markt für andere Investoren öffnen.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie unser Anliegen im Rahmen der Teilrevision berücksichtigen könnten und danken Ihnen für Ihre wohlwollende Kenntnisnahme und Prüfung.

Mit freundlichen Grüßen

Freundliche Grüsse



Roland Goethe  
Präsident Swissmechanic



Oliver Müller  
Direktor Swissmechanic



Dr. Eva-Eliane Tammerna  
Leiterin Wirtschaftspolitik  
und Kommunikation

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung  
und Forschung WBF

Per E-Mail an: [samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)

**Wirtschaftspolitik**

Dr. Jean-Philippe Kohl  
Leiter Wirtschaftspolitik

Pfingstweidstrasse 102  
Postfach  
CH-8037 Zürich  
Tel. 044 348 48 15

[j.kohl@swissmem.ch](mailto:j.kohl@swissmem.ch)  
[www.swissmem.ch](http://www.swissmem.ch)

Zürich, 6. Juli 2017

## **Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen – Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, uns zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen zu äussern.

Swissmem vertritt die Interessen von mehr als 1'000 Unternehmen der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie) sowie verwandter technologieorientierter Branchen. Die MEM-Industrie stellt einen der grössten industriellen Sektoren der Schweizer Wirtschaft dar und erbringt ungefähr die Hälfte der industriellen Wertschöpfung. Dies entspricht über 7 Prozent des Bruttoinlandprodukts der Schweiz. Die MEM-Industrie ist mit rund 320'000 Beschäftigten die mit Abstand grösste industrielle Arbeitgeberin und bestreitet mit Exporten von 63 Milliarden CHF 30 Prozent der gesamten Güter-Ausfuhren der Schweiz. Die Branche wird durch KMU geprägt; 99 Prozent der Unternehmen beschäftigen weniger als 250 Mitarbeitende. Über 59 Prozent der ausgeführten Güter der MEM-Industrie werden in die EU exportiert.

### **1. Ausgangslage**

Viele Unternehmen der MEM-Industrie haben den Frankenschock als Folge der Aufhebung des Euro-Mindestkurses im Januar 2015 noch nicht überwunden. Eine von Swissmem zu Beginn dieses Jahres durchgeführte Umfrage zur Ertragslage in den Unternehmen hat ergeben, dass fast ein Viertel (23%) der Firmen sich 2016 auf Stufe EBIT in der Verlustzone befanden. Ein weiteres Drittel (34%) der Betriebe erreichte vergangenes Jahr wohl eine positive, aber letztlich unbefriedigende EBIT-Marge von weniger als fünf Prozent. Diese Zahlen sind insofern beunruhigend, weil auch zwei Jahre nach Aufhebung des Mindestkurses nicht genügend Mittel erwirtschaftet werden können, um in die Zukunft zu investieren. Damit sind insbesondere KMU vermehrt auf fremde finanzielle Mittel angewiesen, um Investitionen finanzieren zu können.

### 3. Fazit

Vor dem Hintergrund der eingangs geschilderten schwierigen wirtschaftlichen Lage vieler KMU aus der MEM-Industrie **stimmt Swissmem der Erhöhung der Bürgschaftslimite trotz der geäußerten Bedenken zu**. Wir hoffen, dass sich damit die Finanzierungssituation für industrielle KMU tatsächlich verbessert, ohne dass die von uns geäußerten Bedenken eintreten werden.

Freundliche Grüsse



Peter Dietrich  
Direktor



Dr. Jean-Philippe Kohl  
Leiter Wirtschaftspolitik

**Geschäftsstelle**

Wallstrasse 8  
Postfach  
CH-4002 Basel

Telefon 061 206 66 66  
Telefax 061 206 66 67  
E-Mail [vskb@vskb.ch](mailto:vskb@vskb.ch)



**Verband Schweizerischer Kantonalbanken**  
**Union des Banques Cantionales Suisses**  
**Unione delle Banche Cantionali Svizzere**

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Herr Samuel Turcati  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

[samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)

Datum 7. Juli 2017  
Kontaktperson Michele Vono  
Direktwahl 061 206 66 29  
E-Mail [m.vono@vskb.ch](mailto:m.vono@vskb.ch)

**Vernehmlassung zur Teilrevision betr. Bürgerschaftswesen**

Sehr geehrter Herr Turcati,  
sehr geehrte Damen und Herren

Am 5. April 2017 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgerschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum eröffnet. Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die Mitglieder unserer Bankengruppe haben sich mit dem Vernehmlassungsentwurf eingehend befasst. Da die Vorlage von unseren Mitgliedern unterschiedlich beurteilt wird, verzichtet der Verband Schweizerischer Kantonalbanken auf eine eigene Stellungnahme. Die Anliegen unserer Mitgliedsbanken haben wir dem Verband der Schweizer Unternehmen, *economiesuisse*, zur Verfügung gestellt.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Verband Schweizerischer Kantonalbanken

Hanspeter Hess  
Direktor

Dr. Adrian Steiner  
Leiter Public Affairs



Volumen im laufenden Jahr deutlich zunehmen wird. Hierzu sei ergänzend auch erwähnt, dass der Kanton Basel-Landschaft mit der BG Mitte seit 2008 eine ununterbrochene Leistungsvereinbarung unterhält, in deren Rahmen er die wertvollen volkswirtschaftlichen Unterstützungsarbeiten in seinem Kantonsgebiet durch die BG Mitte finanziell mitträgt.

Vor diesem äusserst positiven Hintergrund erhält die nunmehr vorgesehene Verdoppelung der Bürgschaftslimite unsere volle Zustimmung, werden damit das gewerbepolitische Förderinstrument des Bürgschaftswesens doch in bedeutendem Mass ausgebaut und die generierten volkswirtschaftlichen Mehrwerte noch gesteigert. Zudem zeigt der Blick auf die Regelungen in den Nachbarländern, dass eine Anpassung der Bürgschaftslimite dringend angezeigt ist, um bezüglich Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer KMU im internationalen Vergleich nicht weiter an Boden zu verlieren. Schliesslich weisen alle unsere Nachbarländer eine Bürgschaftslimite von mindestens 1 Million Euro oder sogar noch mehr aus.

Hinsichtlich der Inkraftsetzung des revidierten Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen halten wir fest, dass es sich bei der vorliegenden Gesetzesanpassung um eine schlanke Vorlage handelt. Mit Blick darauf, dass mit der Gesetzesrevision der Werkplatz Schweiz wirkungsvoll und in einem wichtigen Bereich gestärkt wird, ist eine Inkraftsetzung per 1. Januar 2019 unbedingt anzustreben. Mit der klaren Annahme der Motion Comte durch den Ständerat im Herbst 2015 und der überaus deutlichen Zustimmung durch den Nationalrat im Frühling 2016 hat sich das Parlament unmissverständlich zur Erhöhung der Bürgschaftslimite bekannt. Auch aus diesem Grund sind die skizzierten positiven Effekte auf den Wirtschaftsstandort Schweiz ohne Verzug umzusetzen, zumal sich die Schweizer KMU-Landschaft mit sich ständig verändernden, unsicheren Wettbewerbsbedingungen und generell grossen wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert sieht.

In Bezug auf die ebenfalls geplante Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum haben wir keine Einwände und unterstützen auch diese vollumfänglich.

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Ausführungen zu dienen, und danken Ihnen bereits an dieser Stelle für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

**WIRTSCHAFTSKAMMER BASELSTADT**

Der Präsident  
Andreas Schneider

Der Direktor  
Christoph Buser Landrat



**Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF**  
Zustellung per E-Mail (pdf- und word-Version) an:  
samuel.turcati@seco.admin.ch

Basel, 11. Juli 2017

**Vernehmlassung zur Teilrevision des Gesetzes über die Finanzhilfen an  
gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen (SR 951.25)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die mit Schreiben vom 5. April 2017 eingeräumte Gelegenheit,  
zur Teilrevision des Gesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte  
Bürgschaftsorganisationen Stellung zu nehmen.

Die Bürgschaftsgenossenschaft SAFFA unterstützt die Teilrevision grundsätzlich,  
unterbreitet aber gerne folgende Anträge und Bemerkungen zur Prüfung:

**Allgemein**

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Tiefzinsumfeldes ist davon auszugehen, dass  
Investoren weiterhin, beziehungsweise bei Einführung von Negativzinsen noch  
verstärkt, nach alternativen Investitionsmöglichkeiten suchen werden und sich in den  
kommenden Jahren das Crowdfunding beziehungsweise Crowdlending auch in der  
Schweiz zu einem wichtigen Kapitalbeschaffungsweg entwickelt. Es stellt sich daher  
die Frage, ob man der zu erwartenden Entwicklung im Rahmen der Gesetzesrevision  
bereits heute Rechnung tragen möchte: Im Interesse der gewerbetreibenden  
Unternehmerinnen sind wir der Auffassung, dass jede Erweiterung der Finanzierungs-  
möglichkeiten grundsätzlich zu begrüssen ist. Unter der Voraussetzung, dass sich  
taugliche Prozesse für eine Qualitätssicherung („due diligence“ der Plattformen oder  
Anbieter; eventuell Anerkennung durch die FINMA?; Geldwäschereithematik)  
etablieren und sich die Gewährung von Finanzhilfen gemäss Art. 5 des Finanzhilfe-  
gesetzes unter denselben Bedingungen wie für Bankkredite abwickeln liesse, stehen  
wir einer diesbezüglichen Entwicklung deshalb offen gegenüber.

In Ergänzung zu diesen allgemeinen Ausführungen erlauben wir uns zu den einzelnen Artikeln folgende Anmerkungen und Vorschläge:

- **Art. 1:** Mit Bezug auf unsere eingangs gemachten allgemeinen Ausführungen schlagen wir vor zu prüfen, ob man mit einer offenen Formulierung Raum für künftige alternative Finanzierungsentwicklungen lassen möchte. In diesem Sinne könnte der erste Satz eventuell wie folgt angepasst werden (Änderungen zum Entwurfstext unterstrichen bzw. durchgestrichen):  
*Dieses Gesetz soll es leistungs- und entwicklungsfähigen Klein- und Mittelbetrieben in der Schweiz die Finanzierung mittels erleichtern-, Bankkrediten oder diesen gleichgestellten, alternativen und anerkannten Finanzierungsinstrumenten erleichternaufzunehmen.*
- **Art. 3:** Falls alternative Finanzierungsinstrumente berücksichtigt werden möchten, wäre der erste Satz auch in diesem Artikel entsprechend zu ergänzen (vgl. dazu unsere Ausführungen zu Art. 1).
- **Art. 4 c:** eventuell ergänzen (vgl. Ausführungen zu Art. 1 bzw. 3):  
*... unabhängig vom Kreditgeber beziehungsweise Finanzierungspartner sind*
- **Art. 6:** Der Erhöhung der Limite auf eine Million stehen wir offen gegenüber, auch wenn wir für die Gesuchstellerinnen der BG SAFFA keinen konkreten Bedarf erwarten.
- **Art. 7:** In Anbetracht des partnerschaftlich getragenen Systems begrüßen wir es sehr, dass die ergänzende Rolle der Kantone im Gesetzestext weiterhin explizit erwähnt wird und damit auch deren Wichtigkeit für das schweizerische Bürgschaftswesen zum Ausdruck kommt.

Wir bitten Sie um Prüfung unserer Überlegungen und danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen



Sonja Scherer  
Präsidentin



Andrea Theunert  
Geschäftsführerin

Beilage: Statuten BG SAFFA, April 2017

SECO
11. Juli 2017
vorregistriert OAGSdm
rgs

# BGOST CF SUD

Bürgschaftsgenossenschaft für KMU  
Cooperativa di fideiussione per PMI

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Direktion für Standortförderung / Ressort KMU-Politik  
Herr Samuel Turcati  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

## «Wir stärken KMU»

St. Gallen, 5. Juli 2017  
E-Mail: info@bgost.ch

### Stellungnahme zur Teilrevision bzw. Aufhebung der Bundesgesetzte SR 951.25 und SR 901.2

Sehr geehrter Herr Turcati

Mit Schreiben vom 5. April 2017 wurde die BG OST-SÜD Bürgschaftsgenossenschaft für KMU zur Stellungnahme der im Betreff genannten Gesetzesteilrevision /-aufhebung eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens unsere Standpunkte erläutern zu dürfen.

Die nachfolgenden Empfehlungen, Einwände und Anmerkungen beziehen sich alle auf die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen (SR 951.25):

- **Förderungsgrundsätze (Art. 2 Bst. d) und Empfänger von Finanzhilfen (Art. 3)**  
Unter Art. 2 Bst. d wird neu ausgeführt, dass: „Bürgschaften in Ergänzung zum Kreditmarkt angeboten werden.“ Im darauf folgenden Artikel 3 wird jedoch die Einschränkung gemacht, dass Bürgschaften nur zugunsten von Banken nach dem Bankengesetz vom 8. November 1934 ausgestellt werden dürfen.  
Nach Auffassung der BG OST-SÜD umfasst der Kreditmarkt jedoch nicht nur Banken, sondern auch Leasinggesellschaften, Versicherungen, Privatinvestoren, Venture Capital Firmen oder Crowdfunding Institute. Diese Organisationen werden mit dem neuen Art. 2 Bst. d mit einer gewissen Berechtigung eine Gleichberechtigung zu den Banken fordern, insbesondere vor dem Hintergrund der seit Jahren abnehmenden Kreditvolumen von Banken zugunsten von KMU gemäss Nationalbankenstatistik.
- ⇒ **Konklusion:** Die BG OST-SÜD würde die Prüfung einer Ausweitung der Bürgschaftsgewährung zugunsten von Finanzierungsinstituten ausserhalb der Bankenbranche begrüssen. Sollte der Gesetzgeber an der expliziten Beschränkung auf Bankinstitute festhalten, wäre Art. 2 Bst. d zu präzisieren oder ganz wegzulassen.

▪ **Bürgschaftslimite und Verlustbeitrag des Bundes (Art. 6)**

Die BG OST-SÜD hat zu den Gesetzesanpassungen keine materiellen Einwände oder Bemerkungen. Wir akzeptieren den Entscheid des Parlaments gegen den Willen des Bundesrates, die Bürgschaftslimite auf CHF 1 Mio. zu verdoppeln.

⇒ Konklusion: Die BG OST-SÜD äusserte sich zum Systemausbau des Bürgschaftswesens seit Jahren zurückhaltend, wohlwissend welche schwierigen Zeiten das gewerbeorientierte Bürgschaftswesen durchlebte. Die durchschnittliche Bürgschaftsbeanspruchung liegt bei den vier anerkannten Organisationen weit unter der geltenden Limite von CHF 500'000.00, weshalb aus Sicht unserer Genossenschaft der Ausbaubedarf nicht gegeben ist. Dies verdeutlichen auch Zahlen aus dem Geschäftsbericht 2016 der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg mit Sitz in D-Stuttgart. Obwohl dort Engagements bis EUR 1'250'000 möglich sind, liegt die durchschnittliche Beanspruchung bei EUR 242'600.

▪ **Verwaltungskosten Art. 7 Abs. 1 (Subsidiaritätsprinzip)**

Die BG OST-SÜD hat zu den Anpassungen unter Abs. 1 keine materiellen Einwände oder Bemerkungen.

⇒ Konklusion: Die klare unabhängige finanzielle Trennung zwischen Bund und Kantone hinsichtlich der Abgeltungen, welche mit der Gesetzesanpassung erfolgt, wird begrüsst. Sie schafft die Voraussetzung, dass der bestehende Verwaltungskostenverteilungsschlüssel beibehalten werden kann, was wiederum den Aufwand für die Bürgschaftsorganisationen minimiert.

Hingegen ist die BG OST-SÜD mit dem erläuternden Bericht zur Anpassung dieses Absatzes nur teilweise einverstanden. Auf Seite 11 des Berichts wird ausgeführt, dass die kantonalen Beiträge neben dem Bundesbeitrag eine wichtige Rolle für das gute Funktionieren des Bürgschaftswesens und dessen lokaler Verankerung spielen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 erwirtschaftete die BG OST-SÜD Einnahmen (Bürgschaftstätigkeit, Wertschriften- und Immobilienerträge) von total CHF 2.2 Mio.. Davon sind CHF 22'000 oder nur 1% kantonale Beiträge.

Weiter wird im Bericht erwähnt, dass sich im Jahr 2015 die kantonalen Beiträge auf insgesamt CHF 1.4 Mio. beliefen. Die prozentuale Verteilung der CHF 1.4 Mio. auf die einzelnen Bürgschaftsgenossenschaften ist nach Berechnungen der BG OST-SÜD (basierend auf den Jahresabschlüssen 2015) wie folgt und verdeutlicht die Ungleichverteilung:

1.6%	BG OST-SÜD
18.7%	BG MITTE
5.9%	BG SAFFA
73.8%	BG WEST

Die BG OST-SÜD hätte sich auf Seite 11 des erläuternden Berichts eine detaillierte Übersicht der Kantonsbeiträge gewünscht, da die gemachte Schlussfolgerung für unsere Genossenschaft – welche immerhin 13 Kantone abdeckt – nicht zutrifft.

▪ **Verwaltungskosten Art. 7 Abs. 2 (Kürzung des Verwaltungskostenbeitrages)**

Die BG OST-SÜD verlangt die ersatzlose Streichung des neu geschaffenen Art. 7 Abs. 2.

⇒ Konklusion: Aus folgenden Gründen wird die Nichtaufnahme von Art. 7 Abs. 2 ins Bundesgesetz verlangt:

- i) Von den CHF 1.71 Mio. Genossenschaftskapital per Ende 2016 werden bei der BG OST-SÜD nicht weniger als CHF 1.1 Mio. von Berufs- und Gewerbeverbänden gehalten. Es ist angebracht, das Vertrauen und die Jahrzehnte gepflegte erfolgreiche Zusammenarbeit in geringem Umfang mit einer Verzinsung des Anteilscheinkapitals abzugelten.
- ii) In den letzten vier Jahren generierte die BG OST-SÜD aus Wertschriften (CHF 2.1 Mio.) und Immobilien (CHF 0.3 Mio.) rund CHF 2.4 Mio. Erträge, die nicht aus der direkten operativen Tätigkeit stammen. Geschichtlich bedingt (bspw. aus dem Verkauf der ehemaligen Tochtergesellschaft OBT AG) verfügt die BG OST-SÜD über substanzielle Vermögenswerte, welche zur Verstärkung des Eigenkapitals und der eigenen Bonität nicht in eine separate Gesellschaft ausgelagert wurden. Die BG OST-SÜD nimmt auch keine nachrangigen Bundesdarlehen in Anspruch. Aus diesem Grund ist ein Verteilanspruch an die Genossenschafter gerechtfertigt.
- iii) Es muss der BG OST-SÜD sowie den anderen Bürgschaftsgenossenschaften nach der Gesetzestheilrevision auch in Zukunft möglich sein, im Rahmen ihres Ermessens Verwaltungskostenbeiträge uneingeschränkt verwenden zu können, sofern der ihnen durch das SECO übertragene Leistungsauftrag erfüllt wird.
- iv) Es ist nicht nachvollziehbar, warum nur die Verteilung des Reinertrages an Genossenschafter als Kürzungsgrund des Verwaltungskostenbeitrages gesetzlich verankert wird. Die im aktuellen Finanzhilfevertrag zwischen dem WBF und den jeweiligen Bürgschaftsgenossenschaften im Kapitel 5 „Grundprinzipien der Zusammenarbeit“ erwähnten Kürzungsgründe (Vertragsverletzungen, Verweigerung Controllinggespräche oder Nichteinhalten von Fristen) sind aus Sicht BG OST-SÜD schwerwiegender, finden aber im teilrevidierten Gesetz keine Berücksichtigung.

**Als Fazit beantragen wir die vollständige und ersatzlose Streichung von Art. 7 Abs. 2.**

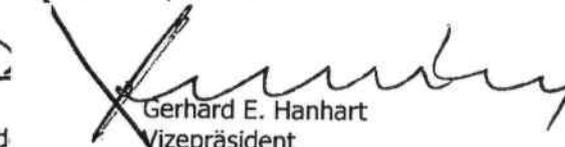
Für Fragen oder Anliegen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

BG OST Bürgschaftsgenossenschaft für KMU  
CF SUD Cooperativa di fiduciussione per PMI



Peter Schütz  
Verwaltungsratspräsident



Gerhard E. Hanhart  
Vizepräsident



Confédération Suisse - DEFR  
Secrétariat d'Etat à l'économie SECO  
A l'att. de M. Martin Godel  
Chef du secteur Politique PME  
Holzikofenweg 36  
3003 Berne

T 058 255 05 50  
contact@cautionnementromand.ch

Berne, le 30 mai 2017

**Procédure de consultation relative à la modification de la loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises**

Monsieur le Chef suppléant de la Direction de la promotion économique,

Nous nous référons à votre procédure de consultation, ouverte le 5 avril 2017, sur le sujet cité en titre. Voici nos remarques :

Général

Vu l'acceptation de la motion Comte par le Conseil national le 17 mars 2016 à une écrasante majorité, nous sommes surpris du ton du rapport explicatif car il semble documenter du regret concernant la décision des chambres fédérales. En outre, il comporte des erreurs graves comme par exemple en page 6 la mention que «certaines organisations de cautionnement ont déclaré ... que la Confédération garantisse leur recapitalisation et augmente la contribution aux frais administratifs ». Cela est faux. Toutes les organisations de cautionnement ont été favorables à la Motion, preuve en est la lettre, jointe, adressée aux parlementaires le 19 mai 2014 et signées par les Présidents de BG Mitte, BG Ost-Süd et Cautionnement romand. BG Ost-Süd jugeait toutefois que «le besoin dans son secteur de marché n'était pas encore confirmé».

Nous nous permettons également de relever que le budget de la Confédération (A2310.0359) en faveur des organisations de cautionnement s'est élevé, pour la législature 2012-2015, à CHF 11,6 millions par année (moyenne). Budget suffisant pour la législature 2020-2023 et inférieur au plan financier mentionné en page 15 du rapport explicatif.

Titre

Le titre de la loi en allemand est «Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen», en français «Loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises». Le terme «gewerbeorientiert» ne correspond plus à la réalité et devrait soit être effacé (comme c'est le cas en français), permettant ainsi d'alléger la nomenclature, ou soit être remplacé par «KMU».

**Proposition :**

➔ **Bundesgesetz über die Finanzhilfen an Bürgschaftsorganisationen zu Gunsten der KMU**

J.

Article 2 Principes du soutien, alinéa d

La modification nous convient, elle reflète mieux la situation actuelle. Le cautionnement étant une garantie accessoire à une créance principale, elle-même devant être octroyée par un établissement bancaire établi en Suisse.

Article 7 Frais administratifs, alinéa 1

Les «Frais administratifs» sont destinés à abaisser la prime de risque en faveur des bénéficiaires de cautionnements. La formulation que vous proposez ainsi que l'ajout «en complément des cantons», apportent des incertitudes à un instrument fédéral qui n'ont pas lieu d'être.

**Proposition :**

→ **La Confédération participe au financement des frais administratifs des organisations lorsque ces frais découlent de l'octroi de cautionnements.**

En vous remerciant d'ores et déjà de l'attention portée sur nos deux demandes, nous restons à votre entière disposition pour tout complément d'information que vous pourriez souhaiter.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Chef suppléant de la Direction de la promotion économique, à l'expression de notre parfaite considération.

**Cautionnement romand, société coopérative**

Jean Wenger  
Président

Fris  
rect

Annexe : ment.

Copies pour information vont à :

M. le Conseiller d'Etat Olivier Curty, Chef du DEE, Bd de Pérolles 25, Cp 1350, 1701 Fribourg  
M. le Conseiller d'Etat Philippe Leuba, Chef du DECS, Rue Caroline 11, 1014 Lausanne  
M. le Conseiller d'Etat Christophe Darbellay, Chef du DEF, Place de la Planta 3, 1950 Sion  
M. le Conseiller d'Etat Jean-Nat Karakash, Chef du Dépt de l'économie et de l'action sociale, Château, 2001 Neuchâtel  
M. le Conseiller d'Etat Pierre Maudet, Chef du DES, Place de la Taconnerie 7, Cp 3962, 1211 Genève 3  
M. l'Ambassadeur Eric Jakob, Chef de la Direction de la promotion économique, SECO, Holzikofenweg 36, 3003 Berne  
M. le Président Rolf Portmann, BG Mitte - CC Centre, Bahnhofstrasse 59 D, Postfach 1104, 3401 Burgdorf  
Herr Präsident Peter Schütz, BG OST-SUD, Falkensteinstrasse 54, Postfach 170, 9006 St. Gallen  
Mme la Présidente Sonja Scherer, SAFFA Bürgschaftsgenossenschaft, Auf der Lyss 14, 4051 Basel

Jean Wenger, Präsident Bürgschaft Westschweiz  
mr.jean.wenger@bluewin.ch  
www.burgschaftwestschweiz.ch

Rolf Portmann, Präsident BG Mitte  
info@portmann-portmann.ch  
www.bgm-ccc.ch

Peter Schütz, Präsident BG Ost  
info@bgost.ch  
www.bgost.ch

19. Mai 2014

**Motion Feller betreffend die Erhöhung der Interventionsgrenze der Bürgschaftsorganisationen zugunsten der KMU von 500'000 auf 1 Million Franken (13.3673)**

Sehr geehrter Herr Nationalrat

Die eingangs erwähnte Motion wird demnächst durch den Nationalrat behandelt. Im Wissen um Ihr Interesse an den KMU erlauben wir uns, Sie auf die Gefährdung der zukünftigen Finanzierung der kleinen- und mittleren Unternehmen hinzuweisen. Eine Gefahr die auch der Präsidenten des Verbandes Schweizerischer Kantonalbanken anlässlich der Pressekonferenz vom 3. April 2014 zum Ausdruck gebracht hat.

In der Tat treiben die vermehrten und verschärften regulatorischen Auflagen, denen die Banken gerecht werden müssen, deren Kosten in die Höhe. Direkt abgewälzt auf ein wichtiges Instrument der Wirtschaft – den Bankkredit – gefährdet dies eine der Kernaufgaben der Banken: Die Unternehmen mit nötigen Mitteln für deren Gründung, Weiterentwicklung oder Übergabe zu versorgen, was wiederum die Wirtschaftstätigkeit fördert und somit die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen ermöglicht.

Demzufolge werden die KMU vermehrt Schwierigkeiten haben Bankkredite zu bekommen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Kosten der Betriebseinrichtungen und Anlagen stetig zunehmen. Die Interventionsgrenze der Schweizer Bürgschaftsorganisation hingegen wurde seit 1986 praktisch nicht erhöht.

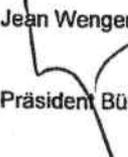
Die Erhöhung der Interventionsgrenze auf eine Million Franken würde es ermöglichen, noch mehr als heute zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen, Lehrstellen und einem – besonders in Randregionen – kostbaren Know-How beizutragen.

Zwei der Schweizer Bürgschaftsorganisationen – Bürgschaft Westschweiz und BG Mitte – welche im vergangenen Jahr gemeinsam 68% der Bürgschaften des Landes erteilt haben, sowie sämtliche Kantone, welche ihrem Tätigkeitsgebiet zugehören, befürworten diese Motion, dies weil sie einem durch ihre Kunden geäußerten Bedürfnis entspricht. Die dritte Organisation – BG Ost – beurteilt den Bedarf für eine Limitenerhöhung in Ihrem Marktgebiet als noch nicht nachgewiesen.

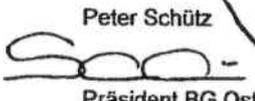
Zudem verfügen die drei Bürgschaftsorganisationen über mehr als ausreichende Eigenmittel, um mit der vorgesehenen Zunahme des Volumens alle Bürgschaftsverpflichtungen abdecken zu können. Der Bericht des Institutes KMU-HSG der Universität St. Gallen zeigt zudem auf, dass höhere Bürgschaften mit einem geringeren Risiko verbunden sind. Die in der Motion vorgesehene Erhöhung wäre die logische Erweiterung des aktuellen Systems, von welchem heute mehr als 22'000 Arbeitsplätze in der Schweiz betroffen sind.

Obschon diese Motion nicht in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben behandelt wird, erlauben wir uns Ihnen dieses Schreiben trotzdem zukommen zu lassen. Die WAK-NR hat sich bereits in der Vergangenheit aktiv für die Stärkung des gewerblichen Bürgschaftswesens eingesetzt und ist somit eine Grundförderin des aktuellen Systems und somit eine wichtige Stütze für das Gelingen dieser Motion.

Sollten Sie weitere Auskünfte wünschen, stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung für die Schweizer KMU bestens und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Jean Wenger  
  
Präsident Bürgschaft Westschweiz

Dolf Portmann  
  
Präs

Peter Schütz  
  
Präsident BG Ost

**Cautionnements**   
L'accès facilité au crédit bancaire

**Bürgschaften**   
Die sichere Finanzierung für KMU

**Fideiussioni**   
Il finanziamento sicuro per la PMI

Jean Wenger, Président de Cautionnement romand  
mr.jean.wenger@bluewin.ch  
www.cautionnementromand.ch

Rolf Portmann, Président de CC Centre  
info@portmann-portmann.ch  
www.bgm-ccc.ch

Peter Schütz, Président de BG Ost  
info@bgost.ch  
www.bgost.ch

19 mai 2014

**Motion Feller relative à l'augmentation du plafond d'intervention des organisations de cautionnement en faveur des PME de CHF 500'000.- à CHF 1 million (13.3673)**

Monsieur le Conseiller national,

La Motion citée en titre sera prochainement traitée par le Conseil national, et connaissant votre intérêt en faveur des PME, nous nous permettons de vous sensibiliser sur la mise en péril du futur financement des petites et moyennes entreprises, pour reprendre l'inquiétude du Président de l'Union des Banques Cantoniales Suisses exprimée à l'occasion de la Conférence de presse du 3 avril dernier.

En effet, les contraintes réglementaires de plus en plus importantes et exigeantes que subissent les établissements bancaires renchérissent de facto leurs coûts et se répercutent sur une fonction essentielle de l'économie : le crédit, mission première de la banque, permettant aux entreprises de se créer, de se développer et de se transmettre, favorisant ainsi l'activité économique, la création et le maintien des emplois.

De ce fait, les PME auront de plus en plus de peine à obtenir des crédits. De surcroît, les installations deviennent plus coûteuses, alors que la limite d'intervention des Organisations suisses de cautionnement n'a quasiment pas évolué depuis 1986.

L'augmentation du plafond d'intervention à CHF 1 million permettrait de contribuer de façon encore plus importante qu'aujourd'hui à la création et au maintien de postes de travail, de places d'apprentissage et d'un savoir-faire précieux, particulièrement dans les régions périphériques.

Deux Organisations suisses de cautionnement – Cautionnement romand et BG Mitte – qui ont octroyé 68% des cautionnements en Suisse l'année passée sont, pour le bien des PME, très favorables à la Motion, comme d'ailleurs tous les cantons associés à leur territoire, les besoins exprimés par leurs clients étant réels. La troisième Organisation – BG Ost – juge que le besoin dans son secteur de marché n'est pas encore confirmé.

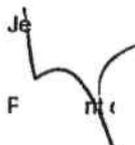
Pour le surplus, les fonds propres de ces trois Organisations sont largement suffisants pour faire face à l'augmentation prévue du volume des engagements. En outre, les cautionnements plus élevés s'accompagnent d'un risque moindre, selon le rapport de l'Institut KMU-HSG de l'Université de St-Gall.

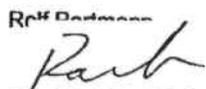
Le relèvement de la limite prévue dans la Motion s'inscrirait ainsi dans le prolongement du système actuel qui touche plus de 22'000 emplois.

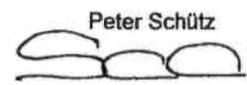
Conscient que cette Motion ne sera pas traitée à la Commission de l'économie et des redevances, nous nous sommes toutefois permis d'adresser ce courrier à l'ensemble de ses membres, la CER-CN étant à la base du renforcement du Cautionnement suisse, et donc partie prenante de son succès.

Tout en restant à votre entière disposition pour tous renseignements que vous pourriez souhaiter, nous vous remercions sincèrement et chaleureusement du soutien que vous apportez aux PME suisses.

Veuillez croire, Monsieur le Conseiller national, à l'assurance de notre parfaite considération.

  
F. n. Cautionnement romand

Rolf Portmann  
  
Président de CC Centre

Peter Schütz  
  
Président de BG

Confédération Suisse - DEFR  
Secrétariat d'Etat à l'économie SECO  
A l'att. de M. Martin Godel  
Chef du secteur Politique PME  
Holzikofenweg 36  
3003 Berne

T 058 255 05 50  
contact@cautionnementromand.ch

Fribourg, le 22 juin 2017

### Crowdfunding

Monsieur le Chef suppléant de la Direction de la promotion économique, Cher Martin,

Nous nous référons à l'entretien de « controlling » du 30 mai écoulé et plus précisément à votre demande concernant notre sentiment sur le « crowdfunding ».

Cautionnement romand encourage toute forme de financement alternatif permettant aux PME de financer leur création ou développement. Nous l'avions d'ailleurs déjà évoqué dans notre rapport d'activités en 2013.

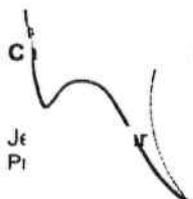
Ce nouveau moyen de financement (« peer to peer lending » ou « crowdlending ») suscite de l'intérêt auprès des microentreprises car sans intermédiation bancaire, et représente une alternative aux emprunts classiques.

Son développement est le signe d'une réelle demande pour un mode de financement plus simple et plus transparent, et nous l'encourageons. Il n'en demeure pas moins que c'est un métier spécifique. Il faut avoir les reins solides pour se faire connaître et pouvoir gérer un système informatique devant faire face à beaucoup de sollicitations (les montants investis sont faibles et nombreux).

Pour ces motifs, et vu le nombre important d'acteurs déjà existants, la création d'une plateforme de « crowdlending » par les organisations de cautionnement suisses n'est donc pas souhaitée par Cautionnement romand.

Pour terminer, nous sommes surpris de votre intérêt pour le « crowdfunding », étant donné que, malgré nos demandes répétées, nous ne sommes pas autorisés à cautionner des « leasings ». Ce type de cautionnement s'inscrirait pourtant dans la tradition du service que nous offrons aux PME. Cela serait un vrai sujet de développement et permettrait aux PME de disposer d'un produit complémentaire au crédit bancaire traditionnel.

En espérant avoir répondu à votre demande, nous restons à votre disposition et nous vous prions de croire, Monsieur le Chef suppléant de la Direction de la promotion économique, Cher Martin, à l'expression de notre parfaite considération.

 **romand, société coopérative**  
Christian Wenger  
Directeur

Copie par courriel pour information à :  
BG Mitte - CC Centre, Bahnhofstrasse 59 D, Postfach 1104, 3401 Burgdorf  
BG OST-SUD, Falkensteinstrasse 54, Postfach 170, 9006 St. Gallen  
SAFFA Bürgerschaftsgenossenschaft, Auf der Lyss 14, 4051 Basel

SECO	
28. Juni 2017	
vorregistriert OAGSdm	

Bahnhofstrasse 59 D  
Postfach / CP 1104  
CH-3401 Burgdorf  
T 034 420 20 20  
F 034 420 20 29  
info@bgm-ccc.ch  
www.bgm-ccc.ch

Vorab per Mail: [samuel.turcati@seco.admin.ch](mailto:samuel.turcati@seco.admin.ch)  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Direktion für Standortförderung  
Ressort KMU-Politik  
Herr Samuel Turcati  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern



Ihre Kontaktperson:  
Votre interlocuteur:

Dr. Rolf Portmann, VR-Präsident

Burgdorf, 30. Mai 2017

**Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im ländlichen Raum:**

**STELLUNGNAHME DER BG MITTE**

Sehr geehrter Herr Turcati

Wir beziehen uns auf das Schreiben von Bundesrat Amman-Schneider vom 5. April 2017, worin wir eingeladen wurden, zu den vorgenannten Änderungen Stellung zu nehmen.

Aus diesem Grunde lassen wir Ihnen nachstehend, sofern notwendig, unsere Ausführungen und Anträge zu den jeweiligen Artikeln zugehen.

**A) Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen**

**Allgemeines**

Vorab möchten wir festhalten, dass wir die Gesetzesrevision mit der Erhöhung der Bürgschaftslimite als absolut notwendig und für unsere KMU-Wirtschaft eminent wichtig erachten.

Aus diesem Grunde begrüßen und unterstützen wir die nun vorliegenden Bestrebungen grundsätzlich im vollen Umfang.

Dabei verweisen wir auf die mehr als klare Haltung des Parlaments zu dieser Vorlage. Der Nationalrat hat dieser bekanntlich mit einer überwältigenden Quorum von 169 : 5 zugestimmt und dem Bundesrat klar zu verstehen geben, dass damit den Anliegen der Schweizer KMU bestmöglich Rechnung getragen werden muss.

Aus diesem Grunde vertreten wir die Auffassung, dass eine möglichst schnelle Umsetzung der Änderung des Bundesgesetzes wie auch der Verordnung prioritär sein muss. Wir sind dem Bundesrat deshalb sehr verbunden, wenn er nach Möglichkeit ein vereinfachtes resp. beschleunigtes Verfahren prüft resp. umsetzt, mithin die Gesetzesänderung auf den 1. Januar 2019 in Kraft gesetzt werden kann.

Abschliessend gilt es hierorts festzuhalten, dass unsererseits - soweit nachstehend keine anderweitigen Ausführungen gemacht werden - von der Zustimmung zu den vorgeschlagenen Anpassungen/Änderungen auszugehen ist.

**ad. Art. 1 Zweck**

Keine Bemerkungen. Das neue Wording kann so akzeptiert werden.

**ad. Art. 2 Förderungsgrundsätze**

Keine Bemerkungen. Das neue Wording kann so akzeptiert werden.

**ad. Art. 3 Empfänger von Finanzhilfen**

Keine Bemerkungen. Das neue Wording kann so akzeptiert werden.

**ad. Art. 4 Anerkennungsvoraussetzungen**

Keine Bemerkungen. Das neue Wording kann so akzeptiert werden.

**ad. Art. 6 Bürgschaftslimite und Verlustbeitrag des Bundes**

Keine Bemerkungen. Das neue Wording kann so akzeptiert werden.

## **ad. Art. 7 Verwaltungskosten**

### **ad. Art. 7, Abs. 1**

Die Ausrichtung eines sog. Verwaltungskostenbeitrages durch den Bund hat - auch gemäss der Entstehungsgeschichte und den Quellen zur Entstehung resp. Implementierung des revidierten Gesetzes im Jahre 2007 - insbesondere zum Zwecke, dass damit das Produkt der KMU-Bürgschaft durch Verbilligung der Risikoprämie am Markt eine genügend grosse Akzeptanz findet resp. die KMU diese Bundesfinanzhilfe zu einem angemessenen Pricing in Anspruch nehmen können.

Die nun gewählte Formulierung „*Der Bund beteiligt sich ergänzend zu den Kantonen an den Verwaltungskosten*“ könnte unter Umständen Unklarheiten oder Missverständnisse schaffen, weshalb wir das folgenden Wording vorschlagen:

***„Der Bund beteiligt sich an den Verwaltungskosten der Organisationen, welche sich aus der Bürgschaftsgewährung ergeben.“***

### **ad. Art. 7, Abs. 2**

Diese Änderung ist für uns nachvollziehbar und kann deshalb so akzeptiert werden.

Im Übrigen entspricht dies bereits der seit jeher gehandhabten Praxis, mithin sich für die BG Mitte keinerlei Änderungen resp. Benachteiligungen im Vergleich zum Status Quo ergeben

## **ad. Art. 8 Finanzierung**

Keine Bemerkungen. Das neue Wording kann so akzeptiert werden.

## **ad. Art. 13 Aufhebung und Änderung bisherig Rechts**

Keine Bemerkungen. Das neue Wording kann so akzeptiert werden.

## **ad. Art. 14a Übergangsbestimmungen**

Keine Bemerkungen.

## **ad. Art. 15 Referendum und Inkrafttreten**

Keine Bemerkungen.

**B) Vernehmlassung zur Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im ländlichen Raum**

**Insgesamt zu I und II**

Keine Bemerkungen. Der vorgeschlagenen Annullierung dieses Gesetzes kann zugestimmt werden.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

**BG Mitte,  
Bürgschaftsgenossenschaft für KMU**



Dr. Rolf Portmann,  
Präsident



André Kormann,  
Direktor

**swisspeers AG Winterthur**  
Winterthur, 11. April 2017

Herrn Patrick Winistörfer  
Stv. Leiter Sektion Finanzmarktanalysen  
SIF/EFD  
3000 Bern

Herrn Marc Branson  
Direktor der FINMA  
Laupenstrasse 27  
3003 Bern

### **Antrag zur Ausdehnung der regulatorische Änderungen im Fin Tech Bereich**

Sehr geehrte Herren

Ich gelange in meiner Funktion als VR-Präsident der swisspeers AG, einer seit Juni 2016 erfolgreich tätigen Crowed Lending Plattform zugunsten der KMU in der Schweiz, an Sie im Rahmen der aktuell laufenden regulatorischen Änderungen im Fin Tech Bereich. Ich habe kürzlich mit dem Chef der Bürgschaftsgenossenschaft OST BG Ost, Herrn Norbert Hug ein Gespräch geführt über mögliche Kooperationen und insbesondere über eine Besicherungs-Möglichkeit von KMU-Krediten, die über unsere Plattform abgewickelt werden. Ich musste dabei feststellen, dass die Verordnung über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsgenossenschaften vom 12. Juni 2015 im Artikel 3 ausschliesslich die Sicherstellung von Bankkrediten zulässt und damit eine Besicherung von Krediten, die über eine Lending-Plattform finanziert werden ausgeschlossen ist.

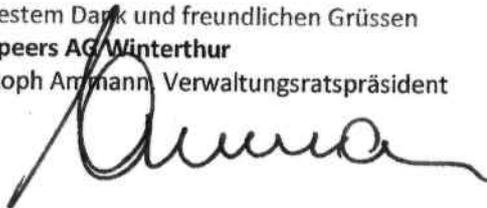
In der Botschaft des Bundesrates zur Neuregelung der Fin Tech Branche wurden „gleich lange Spiesse“ für die Bankbranche in Aussicht gestellt. In diesem Sinne betrachte ich es als naheliegend, dass Bürgschaftsgenossenschaften inskünftig auch durch den Bund garantierte Bürgschaften auch für Kredite, die über Lending Plattformen finanziert werden, gewähren sollten. Damit würde das Prinzip der „gleich langen Spiesse“ vollständig sichergestellt.

Im Gespräch mit Herrn Hug von BG Ost habe ich zudem erfahren, dass die Gewährung von Krediten an KMU durch Banken auch mit Bürgschaften immer mehr abgelehnt werden und damit die Schweizer Wirtschaft und insbesondere das eigentliche Rückgrat unseres Werkplatzes Schweiz, die KMU in der heutigen, extrem herausfordernden Zeit zusätzlich eingeschränkt werden. Diese Aussage lässt sich leicht bestätigen durch die Statistik der SNB, die ausweist, dass nur die hypothekarisch gedeckten Forderungen zugenommen und übrige Bankkredite abgenommen haben in den letzten Jahren.

Für den Bund ist das Risiko dasselbe, da die Bürgschaftsgenossenschaften die Kreditwürdigkeit prüfen und entscheiden, für welche Kreditgesuche sie willens sind, entsprechende Bürgschaften zu gewähren.

In diesem Sinne stelle ich den Antrag an Sie, die im Gange befindlichen Änderungen in der Regulierung für den Fin Tech Bereich im Sinne des obigen Antrages zu ergänzen und die Verordnung über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsgenossenschaften in Artikel 3 entsprechend anzupassen. Ich gelange an Sie, da ich Sie kenne, und bitte Sie, diesen Antrag mit Ihrer Unterstützung an die zuständigen Stellen des Bundes weiterzuleiten.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen  
**swisspeers AG Winterthur**  
Christoph Ammann, Verwaltungsratspräsident



**swisspeers**

Christoph Ammann  
Verwaltungsratspräsident  
ammann.beratungen@bluewin.ch  
+41 79 237 33 77

swisspeers AG  
Bahnhofplatz 17  
CH-8400 Winterthur  
swisspeers.ch  
+41 52 511 50 80